

ZEITSCHRIFT DES
MITTELSCHÜLER-KARTELL-VERBANDES

PREIS: €3,- | POLITISCH UNABHÄNGIGES JUGEND- UND MITGLIEDERMAGAZIN
SEIT 1968

MKV 

COULEUR

AUSGABE 1
FRÜHLING 2019



Demokratie!

DAS RECHT GEHT
VOM VOLK AUS.

S.4

Keine Angst um die Demokratie

Nationalratspräsident Sobotka im Gespräch.

S.12

Zur Beschränkung der Macht

Wofür wir die Demokratie
eigentlich haben.

Österreichische Post AG / SP 02Z031286 S
MKV, Laudongasse 16, 1080 Wien, DVR: 0014958

Zeit für Neues.

YOUR MASTERPIECE.

UNSERE MBA-PROGRAMME
IT Consultancy oder
Management Consultancy

**JETZT
ANMELDEN**

know how. get incite.

Alle Informationen unter www.incite.at/mba



INHALT

4

„ICH HABE KEINE ANGST UM DIE DEMOKRATIE“

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (NKW) im Interview.

6

1989/2019 - Ein Zeitzeuge erinnert sich

NÖ Landesrat Martin Eichtiger war 1989 mit dabei, als in Ungarn die Diktatur endete.

8

Verantwortungsdemokratie statt Stimmungsdemokratie

Othmar Karas (OLS) zur Frage, welche Rolle Populärheit in der Demokratie spielt.

10

Ich stehe für ein Europa, das nach außen stärker auftritt und mehr Gewicht hat

Lukas Mandl (KRW) im Interview zu Europa und seinen Schwerpunkten.

12

Zur Beschränkung der Macht

Karl Habsburg-Lothringen über die eigentliche Aufgabe von Parlamenten.

16

Sind wir noch zu retten...

Politologin Wolfgang Glass (BOW) zur Bedrohung der Demokratie durch Echoblasen.

18

Die unterschätzte Vorzugstimme

Szymon Slowik (AGP) analysiert die Personalisierbarkeit des österreichischen Wahlrechts.

20

Das Verhältnis zur Mehrheit

Klaus Poier (LOD) im Interview zur Frage, wie Parlamente Bürger am besten repräsentieren.

24

Propaganda: Ist unsere Demokratie in Gefahr?

Stefan Haböck analysiert, mit welchen Bedrohungen unsere Demokratie rechnen muss.

28

Glossen

29

Literaturempfehlungen

30

Leserbriefe und Comic

EDITORIAL

Demokratie.

Oft und gern wird Demokratie für ein Synonym von „Republik“ gehalten. Wer Demokrat im eigentlichen Sinne ist, stellt allerdings andere Werte in den Vordergrund. Ihm schwebt eine Gesellschaft vor, die auf den Grundsätzen der Rechtssicherheit, der individuellen Freiheit, des Rechts auf freie Meinungsäußerung sowie einer Beteiligung der Bevölkerung an der Entscheidungsfindung im öffentlichen Bereich aufbaut.

Wir wollen uns diesem Begriff daher in einigen seiner Facetten nähern. Im Vordergrund steht dabei das politische Engagement, das uns MKVer stark auszeichnet. Verbunden damit ist ein Rückblick und eine Spurensuche – was war früher, was sind eigentlich die Grundlagen unseres Systems?

Wagen wir – gerade im Vorfeld der Europawahl – auch einen Blick nach außen: Muss sich eine Demokratie nicht besonders gegen äußere Einmischungen in Angelegenheiten der inneren Entscheidungen zur Wehr setzen? Dazu haben wir einen ausgewiesenen Experten um seine Analysen gebeten.

Ich wünsche eine interessante Lektüre!



PHILIPP JAUERNIK (FRW)
REDAKTION

„ICH HABE KEINE ANGST UM DIE DEMOKRATIE“

Mag. Wolfgang Sobotka (NKW) ist seit 2017 Präsident des Österreichischen Nationalrats. Im Interview mit dem „Couleur“ spricht er über den Brexit, das Commitment zur Demokratie und seine Rolle als Mediator im Plenarsaal.

INTERVIEW: WALTER GRÖBLINGER (OCW) UND ELIAS LUGMAYR (NKW)

„Du bist protokollarisch der zweite Mann im Staat. Ist das im Alltag mehr Würde oder Bürde?“

Das ist mit Sicherheit keine Bürde, ich würde es auch in erster Linie nicht als Würde bezeichnen. Ich sehe es schlicht als meine Aufgabe, den Menschen klarzumachen, dass das demokratische Prinzip, das für uns manchmal selbstverständlich geworden ist, eigentlich das Kernelement von Freiheit und Wohlstand ist. Wir müssen alles daransetzen, es in all seinen Facetten zu erhalten. Das demokratische Prinzip hat sich in allen gesell-

schaftlichen Strukturen festgesetzt: in der Familie, Schule, Vereinen, Gemeinden, Interessensvertretungen und Betrieben. Das ist nicht beiseitezuschieben. Daher kommt auch der hohe Anteil an zivilgesellschaftlichem Engagement in Österreich. Länder, denen das fehlt, haben längst nicht dieses Commitment zu einer wirklichen durchgehend demokratischen Struktur. Das ist unser großer Vorteil, um gesellschaftliche Spaltungen zu verhindern.

Ich habe keine Angst um die Demokratie, denn das Parlament ist trotz aller Schwächen und aller Probleme das Zentrum der Demokratie. Das zu repräsentieren und den Bürgerinnen und Bürgern den Stellenwert zu vermitteln, ist meine Aufgabe.

Vom Parlamentspräsidenten wird einerseits Äquidistanz zu den Klubs erwartet. Als gewählter Abgeordneter bist du aber selbstverständlich bei einer Partei und hast deine Meinung. Wie gehst du damit um?

In dem Moment, in dem du das Präsidium betrittst, bist du ein politisches Neutrum. Du bist ein Mediator und hast darauf zu schauen, dass die Sitzung ordnungsgemäß abläuft und dass sich alle Parteien entsprechend artikulieren können. In dem Moment, wo du abtrittst, bist

du natürlich wieder Mitglied eines Klubs. Dementsprechend bringst du dich auch inhaltlich in die Klubarbeit ein. Ich würde es fast als Janusköpfigkeit bezeichnen. Für mich stellt diese Trennung kein Problem dar.

Wir befinden uns jetzt im Jahr 1 nach dem hundertjährigen Jubiläum der Gründung unserer Republik. Wie beurteilst Du die Rolle des Parlamentarismus im Kontext seiner Entwicklung?

Bei uns war das ein Transformationsprozess. Der Demokratisierungsanspruch der Jahre 1918/19 war ein ganz hoher. Das zeigt sich dadurch, dass sich die noch in der Monarchie gewählten Reichsratsabgeordneten, bereits als legitimierte Abgeordnete einer provisorischen Nationalversammlung empfunden haben. Es war ihnen bewusst, dass sie eine Verfassung und eine Struktur organisieren müssen, die auf der einen Seite dieses Einheitsstaatliche berücksichtigt, aber gleichzeitig auch das Commitment zur Demokratie hat. Am 12. November 1918 wird die Republik ausgerufen und am 14. November beschließen die Landtage den Beitritt. Das föderale Prinzip war von Beginn an Teil unserer Bundesstaatlichkeit.



MAG. WOLFGANG SOBOTKA (NKW)

ist der Präsident des österreichischen Nationalrats. Der ehemalige Innenminister und Landeshauptmann-Stellvertreter von Niederösterreich studierte Geschichte sowie Musikpädagogik, Violoncello und Dirigieren. Er ist Präsident des „Alois Mock Institut - Forum für Zukunftsfragen“.



Der Ausbau der direkten Demokratie wird immer wieder auf unterschiedlichsten Ebenen gefordert. Wie siehst Du diese Diskussion und das Spannungsfeld, das sich da immer wieder ergibt?

Mich hat einmal ein Journalist gefragt: Ist Brexit ein Versagen der Demokratie? Ich habe gesagt: Nein, das ist ein Ergebnis des demokratischen Prozesses. Diese Volksabstimmung ist so ausgefallen, wie sie ausgefallen ist. Das hat man zu respektieren. Direkte Demokratie heißt nicht, dass man immer das Ergebnis kriegt, das man sich wünscht. Die Bevölkerung entscheidet nach ihren Grundsätzen, nach ihren Haltungen und in

der Regel immer sehr pragmatisch. Direkte Demokratie braucht eine hohe Partizipation und gewisse Regeln. Bei der EU-Abstimmung über die Zeitumstellung haben nur 4 Prozent mitgemacht. Das ist nicht repräsentativ. Ich kann durchaus mit einer stärkeren direkten Demokratie leben. Ohne Quorum halte ich es aber für riskant.

Es werden immer wieder Wünsche laut, dass Wähler gerne nicht nur eine Partei wählen würden, sondern auch bei der Koalition mitbestimmen wollen. Wie stehst du solchen Überlegungen gegenüber?

Ich erachte es als technisch schwierig zu sagen, mit meinem Votum binde ich die Partei an eine Koalition. Was ist, wenn es sich rechnerisch nicht ausgeht und es eine Dreierkoalition geben muss? Ich sehe da einige Problemfelder. Außerdem glaube ich nicht, dass diese Entscheidung einer Koalition für das Votum entscheidend ist. Man muss sich immer für eine Haltung entscheiden und dann die Kompromissfähigkeit beweisen, wenn es um die Koalitionsbildung geht. Die Grundhaltung einer Partei bleibt aber.

Abschließend noch eine Frage zur demokratischen Weiterentwicklung. Wann kommt die E-Democracy?

Wir werden eine elektronische Abstimmung im neuen Parlament zumindest vorsehen. Ob wir es umsetzen, liegt an den Parlamentariern. Wir haben außerdem Wege des Crowdsourcing. So können wir Gesetze oder Überlegungen online stellen und vielfältige Meinungen dazu einholen. Momentan ist da noch vieles in Bewegung. Welche konkreten Ausformungen das annimmt, wage ich vom heutigen Standpunkt noch nicht zu fixieren. Wir müssen der E-Democracy auch zugestehen, sich zu entwickeln. Die Demokratie ist ja auch nicht von heute auf morgen gekommen.

IMPRESSUM

Herausgeber: Mittelschüler-Kartell-Verband der katholischen farbentragenden Studentenkorporationen Österreichs (MKV)
Laudongasse 16, 1080 Wien; **Telefon:** 01/523 74 34-0, **Fax:** 01/523 74 34-9, **E-Mail:** kanzlei@mkv.at, **Internet:** www.mkv.at; **ZVR-Zahl:** 646503058

Geschäftsführer: Walter Gröbinger (OCW).
Vorstand: Walter Gröbinger (OCW), Sebastian Skupa (AMV), Dr. Edgar Hauer (MEG), Dr. Gregor Jansen (SOP).
Chefredakteur: Philipp Jauernik (FRW), couleur@mkv.at.
Mitarbeiter: Tobias Klaghofner (VBW)
Cover: Peter Stroppa (BES)
Fotos: Sofern nicht anders angegeben: MKV, privat.
Layout: Gebrüder Pixel Kränkl & Sandpeck OG, Schließmannsgasse 18/2, 1130 Wien, +43 676 3355520.
Auflage: 25.000 Stück.
Verkaufspreis: EUR 3,-, Jahresabo EUR 12,- (inkl. Porto Österreich).

Druck, Produktion & Anzeigenverwaltung: Kny & Partner, Parkstraße 2/16, 2340 Mödling.
office@knyundpartner.com, +43 676 310 67 14.
Verkaufsstellen: MKV-Kanzlei, Adresse s.o.; WStV-Kanzlei, Wien 8., Laudongasse 16; Denkmeyr Thomas, im Hatric 1, 8230 Hartberg; Wacker Norbert, Hall/Tirol, Oberer Stadtplatz 9; Wacker Martin, Innsbruck, Museumsstraße 38; Sezemsky Josef, Innsbruck, Bruneckstraße 162.
Blattlinie: Das „Couleur“ ist die österreichweite Verbandszeitung des MKV und als solche politisch unabhängig. Ziel ist die Information aller Mitglieder und Interessenten im Rahmen eines kritischen, auf den Grundsätzen des MKV aufbauenden Jugend- und Mitgliederzeitungsmagazins. Das Couleur versteht sich als Debattenmagazin, in dem Themen kontroversiell diskutiert werden können. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Meinung des Herausgebers entsprechen. Im Sinne der Lesbarkeit und des Respekts verwenden wir die grammatikalisch korrekten Bezeichnungen, die beide Geschlechter umfassen.

1989/2019 - EIN ZEITZEUGE ERINNERT SICH

Heuer feiern wir ein ganz besonderes Jubiläum. Vor 30 Jahren, am 27. Juni 1989, durchschnitt der österreichische Außenminister Dr. Alois Mock (OCW) mit seinem ungarischen Amtskollegen Gyula Horn den Stacheldraht an der Grenze zwischen Ungarn und Österreich. Der Fall des „Eisernen Vorhangs“ bedeutete für Europa, für Österreich und Niederösterreich ein historisches Ereignis und einen Paradigmenwechsel.

Der „Eiserne Vorhang“ hatte über viele Jahrzehnte hinweg Europa gewaltsam geteilt und tausenden Menschen das Leben gekostet; mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 wurde er endgültig niedergerissen.

Unser Europa, wie wir es heute kennen, wurde damit wiedervereint und Niederösterreich rückte vom Rand der freien Welt mitten ins Herzen Europas. Ich hatte die besondere Ehre als persönlicher Sekretär von Alois Mock beim Durchschneiden des „Eisernen Vorhangs“ dabei zu sehen. Für mich war der Moment, als der Zaun durchschnitten wurde, kein Moment der Trennung, sondern ein Moment der Vereinigung. Seine Bedeutung wurde allen Beteiligten bewusst, als das Foto des Durchschneidens um die ganze Welt ging.

In den folgenden Jahren und Jahrzehnten hat unser Bundesland einen großartigen Wandel und einen gewaltigen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Aufschwung erlebt. Nach anfänglicher Skepsis und Unsicherheit konnten die Niederösterreicherinnen und Niederösterreich die Chancen der Öffnung der Grenzen in großem Umfang nutzen. Niederösterreich gilt heute als Wirtschaftsmotor und

nimmt in etlichen Bereichen eine wichtige Vorreiterrolle ein.

Den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern ist es gelungen, in der Frage der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit unseren unmittelbaren Nachbarn zusammenzuarbeiten und zu einem gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum zusammenzuwachsen. Zahlreiche erfolgreiche Initiativen wie zum Beispiel die NÖ Sprachenoffensive, der Schüleraustausch, vor allem aber auch

die jüngste grenzüberschreitende Kooperation im Gesundheitswesen „Healthacross“ sind Ausdruck eines gegenseitigen Respekts und der gegenseitigen Wertschätzung der Nachbarn.

Im Rahmen der Initiative „Healthacross“ positioniert sich Niederösterreich als Gesundheitsregion in Europa und nimmt als einziges Bundesland mit einer erkennbaren Langfriststrategie für das Thema Gesundheit im europäischen Grenzraum eine Vorreiterrolle ein. Dafür



Alois Mock und Gyula Horn durchschneiden den Grenzzaun. Links im Bild: Martin Eichinger.

wurden wir von der WHO (Weltgesundheitsorganisation) mit einer Broschüre als internationales Vorzeigebispiel für grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung ausgezeichnet. Diese Kooperation hat eine besondere Bedeutung, denn wenn wir bereit sind, die Gesundheit, unser höchstes Gut, in die Hände unserer Nachbarn zu legen – und umgekehrt –, dann können wir mit Fug und Recht behaupten, dass wir auch die Grenzen in unseren Köpfen überwunden haben. Wir arbeiten weiter daran jede vorhandene Grenze im Kopf abzubauen, damit wir gemeinsam unsere europäische Idee verwirklichen. Denn diese Idee beginnt nicht in Brüssel, sondern im Ursprung, in unseren Regionen.

Die gemeinsamen Projekte und Kooperationen mit unseren Nachbarn spiegeln ganz klar den Nutzen der Europäischen Union wieder und stärken das europäische Gemeinschaftsgefühl. Daher werden wir auch künftig, wie auch schon bisher, EU-Fördermittel zum Wohle der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher ausschöpfen. Das betrifft nicht nur die Interreg-Förderungen für die Grenzregionen, sondern auch die Agrarförderungen. Darüber hinaus nutzen wir gemeinsame grenzüberschreitende



Übergabe der WHO-Broschüre von Francesco Zambon, WHO-Regionalleiter für Vernetzung in Europa.

© NLK/REINBERGER

Netzwerke wie z.B. die Europaregion Donau-Moldau oder die ARGE Donauländer, um die Kontakte und den Austausch zu den Nachbarn weiter zu stärken und festigen.

Vieles, was heute zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist, wie etwa das ungehinderte Reisen in einem gemeinsamen und vereinten Europa, war vor 30 Jahren nicht möglich, sogar lebensgefährlich. Ein weiterer Schritt in eine bessere Vernetzung und Erreichbarkeit wird mit der „Europaspange“, der Autobahnverbindung im Waldviertel gesetzt, die ehemalige Grenzräume in Deutschland, Österreich, der Tschechischen Republik und der Slowakei noch stärker miteinander verbindet.

Es ist wichtig, diese Themen anzusprechen und das historische Erbe lebendig zu halten. Gerade für die jüngeren Generationen ist es von Bedeutung, dass man ihnen das historische Verständnis mit auf den Weg gibt. Denn nur, wer um seine Geschichte weiß, kann aus Erfahrungen notwendige Lehren ziehen und die Zukunft positiv mitgestalten. Gerade in der heutigen Zeit ist es wichtig auf unsere Vergangenheit hinzuweisen und darüber zu informieren, um den Frieden störenden Elementen mit Entschiedenheit entgegen zu treten.

Der Fall des „Eisernen Vorhangs“ jährt sich heuer zum 30. Mal. Für Niederösterreich ist das Anlass, dem Jahr 2019 als Gedenkjahr zu begegnen. Wir gedenken des Falls des „Eisernen Vorhangs“, aber auch des österreichischen EU-Beitritts-Referendums vor 25 Jahren und der EU-Osterweiterung vor 15 Jahren. Dazu findet am diesjährigen Europatag, dem 9. Mai 2019, eine Festveranstaltung in Grafenegg statt, wo wir einerseits Zeitzeugen aber auch Prominenz aus Politik, Kultur

und Gesellschaft begrüßen und Geschichte lebendig werden lassen wollen.

Darüber hinaus wurde das „Europa-Forum Wachau“, die jährlich stattfindende europäische Denkwerkstatt in Stift Göttweig, welches 1995 anlässlich des Beitritts Österreichs zur EU ins Leben gerufen wurde, auf eine neue Basis gestellt. Wir werden jünger, breiter und digitaler. Wir sind bestrebt, das „Europa-Forum Wachau“ zu einem internationalen Gipfeltreffen der europäischen Zukunft zu machen. Um die Meinungen interessierte Bürgerinnen und Bürger zu aktuellen Entwicklungen einzuholen und um die Beziehungen zu Bürgerinnen und Bürgern, vor allem auch zu Jugendlichen zu vertiefen, finden während des Jahres insgesamt sechs „Salons“ zum „Europa-Forum Wachau“ statt. Denn für uns ist klar: Die europäische Idee können wir nur gemeinsam verwirklichen.



DR. MARTIN EICHTINGER

ist Landesrat für Arbeitsmarkt, Wohnbau und Internationale Beziehungen in der NÖ Landesregierung. Er war von 1988 bis 1992 persönlicher Sekretär von Vizekanzler und Außenminister Dr. Alois Mock (OCW) und später Leiter des Österreichischen Presse- und Informationsdienstes in Washington DC. Als Diplomat war er unter anderem in Rumänien und Moldau sowie von 2015 bis 2018 österreichischer Botschafter in London. Für seine Leistung wurde er 2018 zum Diplomaten des Jahres in Europa gewählt.

VERANTWORTUNGS- DEMOKRATIE STATT STIMMUNGSDEMOKRATIE

Fairness, Freiheit, Wohlstand und Problemlösungen stehen im Widerspruch zu Nationalismus und Populismus, die nur Ängste schüren und nach Schuldigen suchen. Ein Gastkommentar von Othmar Karas (OLS).

Die liberale Demokratie gehört zu den großen Errungenschaften der Menschheit und die Einigung der Staaten Europas ist die beste Idee, die wir auf unserem Kontinent je hatten. Im Europa der Europäischen Union müssen Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Pressefreiheit, ungeteilter Respekt vor den Menschenrechten, der Schutz von Minderheiten

und die politische Mitbestimmung der aufgeklärten Bürgerinnen und Bürger die Politik formen. Das ist eine Politik, in der Politiker die Verantwortung übernehmen und sich für richtige und notwendige Entscheidungen zum Wohle der Bürger, für ein faires Zusammenleben und den solidarischen, sozialen Zusammenhalt in den Mitgliedstaaten und in Europa einsetzen. Das nenne ich Verantwortungsdemokratie. Doch dieses Ideal gerät zunehmend ins Wanken. Für dieses Ideal müssen wir uns einsetzen und ein Abgleiten in eine Stimmungsdemokratie – Populismus – verhindern. Ich bin überzeugt, man kann mit Haltung, Mut und Prinzipien Mehrheiten für das Unpopuläre, aber Bessere erreichen. Das ist mir bisher gelungen. Und es ist heute notwendiger denn je. Dafür müssen wir auch die Entscheidungsprozesse in der EU demokratischer und effizienter machen. Stichwort: Einstimmigkeit beseitigen – keine Entscheidung ohne Beteiligung der Parlamente.

Denn mit Erschrecken stellen wir fest, dass 30 Jahre nach dem Fall des Unrechtsregimes in Osteuropa, dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Berliner Mauer, der Rechtsstaat und die liberale Demokratie in Gefahr gebracht werden. Die Lehre aus dem Fall des Kommunismus ist es, dass

Regime, die die Rechtsstaatlichkeit, die Menschen- und Grundrechte nicht respektieren, niemals Vertrauen, Freiheit und Fairness in der Gesellschaft sicherstellen können. Ein Land, das keine unabhängigen Höchstrichter hat, die Zivilgesellschaft und die Medienfreiheit unterdrückt, das kann seinen Bürgern keine Fairness bieten und kein Vertrauen schaffen.

RECHT ALS GRUNDLAGE VERANTWORTUNGS- VOLLER POLITIK

Daher muss vollkommen außer Streit gestellt werden, dass die Rechtsstaatlichkeit, die EU-Grundrechtecharta und die Menschenrechtskonvention die Grundlagen jedes politischen Handelns sind. So wie die konstruktiven politischen Kräfte im Europaparlament das verstärkte Miteinander in Europa und die Europäische Union außer Streit gestellt haben. Das heißt freilich nicht, dass die Europäische Union perfekt oder bereits fertig ist. Aber wir müssen auf den Erfolgen Europas aufbauen und die EU zum starken und weithin glaubwürdigen Sprecher des Kontinents in der Welt machen. Ansonsten werden wir zwischen Trump, Putin und Xi Jinpings China aufgerieben. Eine handlungsfähigere Europäische Union ist



**DR. OTHMAR
KARAS (OLS)**

ist Mitglied des Europäischen Parlaments und Delegationsleiter der ÖVP. Von 2012 bis 2014 war er einer der Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments. Er ist Präsident des Hilfswerk Österreich und Sprecher des Bürgerforum Europa. Karas ist Urphilister der Ötscherland Scheibbs, Bandphilister der Markomannia-Eppenstein Graz sowie der Gothia Seckau. Er war 1. Landesvorsitzender-Stv. des NÖMKV, Vorsitzender des Kuratoriums des EKV und Mitglied der Verbandsführung des MKV. Seine Dissertation hat er zum Thema „Die europäische Demokratie – Grenzen und Möglichkeiten des Europäischen Parlaments“ verfasst.

auch das Beste für Österreich und alle Bürger Europas.

Die Populisten spielen dagegen mit dem Gefühl der Unsicherheit, sie schüren Ängste und wissen immer, wer angeblich schuld ist. Aber wer den Populisten in die Falle geht, der sorgt dafür, dass genau das Realität wird, wovor er sich fürchtet. Mehr Abschottung, mehr Nationalismus, mehr Abgrenzung und weniger Zusammenarbeit und Zusammenhalt auf europäischer Ebene würden zum wirtschaftlichen Abstieg führen – vor allem zum Abstieg des Mittelstands und zur weltpolitischen Bedeutungslosigkeit Europas. Vertrauen, Fairness, Freiheit, Wohlstand und Problemlösungen einerseits und Populismus und Nationalismus andererseits schließen einander aus.

BREXIT: SPIEL MIT ÄNGSTEN LÖST KEINE PROBLEME

Ein dramatischer Beleg dafür ist der Brexit: Er zeigt, wie man mit Lügen eine Abstimmung gewinnen kann, aber zugleich kein einziges Problem löst und wie die Brexit-Verfechter kein einziges Versprechen einlösen können. Im Gegenteil: Sie haben Großbritannien mit der Forcierung ihrer verantwortungslosen Stimmungsdemokratie in ein beispielloses politisches Chaos gestürzt und haben vorher keinen konstruktiven Ausweg aus dem von ihnen verursachten Dilemma überlegt. Sie haben mit den Menschen, dem Land und der EU gespielt und sich danach verabschiedet – die Menschen alleine gelassen.

Daher müssen wir mit seriöser und verantwortungsvoller Politik Verantwortungsdemokratie und liberale Demokratie auf allen Ebenen stärken im Gegensatz zur

sogenannten autoritären Demokratie, zur Stimmungsdemokratie, zum Nationalismus und Populismus. Wir müssen den Schutz von Minderheiten und Menschenrechten gewährleisten. Den Kompromiss, das Miteinander und das Füreinander in dem Mittelpunkt stellen und nicht die unbedingte Durchsetzung einer politischen Meinung oder Maßnahme. Daher darf es keine politischen Entscheidungen mehr ohne die Parlamente geben, denn sie sind die Bürgerkammern Europas, die Vertretungen der Bürgerinnen und Bürger in Europa.

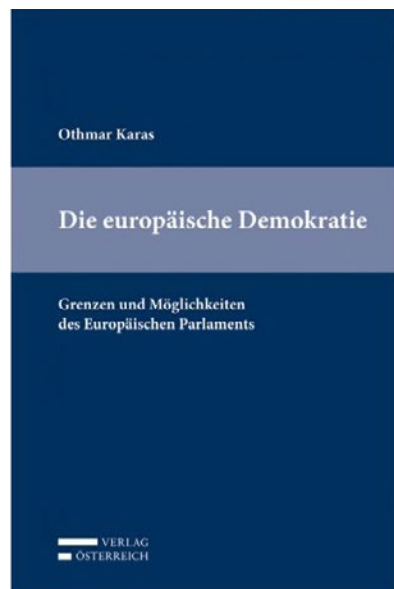
Auf europäischer Ebene heißt das, dass das Europaparlament und die Mitgliedstaaten ausnahmslos alle politischen Entscheidungen gleichberechtigt gemeinsam treffen müssen. Statt der Einstimmigkeit der Mitgliedstaaten muss es Mehrheitsentscheidungen in allen Politikbereichen geben – eine einfache Mehrheit im Europaparlament und die „doppelte Mehrheit“ der Mitgliedstaaten. Das ist die Mehrheit der Mitgliedstaaten, die gleichzeitig die Mehrheit der europäischen Bevölkerung repräsentiert. Das wäre demokratischer, transparenter und effizienter.

NUR EIN HANDLUNGSFÄHIGES EUROPA SCHAFFT VERTRAUEN

Zum Beispiel in der Außenpolitik werden wir es ohne diese Reform der Entscheidungsprozesse längerfristig nicht schaffen, auf Augenhöhe mit den USA, Russland und China zu agieren. Interne Blockaden, Selbstlähmung und Erpressungsmöglichkeiten einzelner Mitgliedstaaten führen zu einem wenig überzeugenden internationalen Auftritt der EU, was wiederum einem Vertrauensverlust der Bevölkerung zur Folge hat. Diesen Teufelskreis müssen wir durchbrechen.

Es kann nur Vertrauen, Fairness, Freiheit, Wohlstand und Problemlösungen geben, wenn die maßgeblichen Politiker konsequent und verantwortungsvoll im Sinne der Menschen und der Zukunft handeln, nicht ihr Fähnchen bloß in den Wind hängen oder Ängste schüren. Wenn wir uns für die Zusammenarbeit und den Zusammenhalt in Europa einsetzen. Wenn wir die EU als den Sprecher Europas in der Welt stärken.

Lasst mich mit den treffenden Worten von Martin Luther King schließen: „Die Feigheit fragt: Ist es sicher? Die Eitelkeit fragt: Ist es populär? Doch das Gewissen fragt nur: Ist es richtig?“ und es kommt eine Zeit, in der man eine Position einnehmen muss, die weder sicher, noch populär ist, die man jedoch einnehmen muss, weil einem das Gewissen sagt, dass sie richtig ist.“ Dieser Gedanke entspricht meinem politischen Selbstverständnis und für dieses werbe ich auch bei Dir.



Othmar Karas' Dissertation „Die europäische Demokratie“ kann direkt unter www.verlagoesterreich.at bestellt werden.

ICH STEHE FÜR EIN EUROPA, DAS NACH AUSSEN STÄRKER AUFTRITT UND MEHR GEWICHT HAT

Kbr. Mag. Lukas Mandl gehört seit 2017 dem Europa-Parlament an und bewirbt sich bei der Europawahl am 26. Mai 2019 um eine Wiederwahl durch Vorzugstimmen. Kartellsenior Sebastian Skupa (AMV), WStV-Senior Richard Gansterer (TRW) und NÖMKV-Landes-senior Florian Kugler (LFZ) haben ihn zu einem ausführlichen Gespräch gebeten.

Kugler: Wie sieht dein Alltag als Europa-Abgeordneter aus? Könntest dein Tagesgeschäft und deine Aufgaben beschreiben?

Mandl: Meine Zeit teilt sich etwa halbe-halbe zwischen Österreich und dem Europa-Parlament auf. Jeder Tag ist anders, aber in der Regel führe ich in der Früh ein paar Telefonate, beantworte E-Mails und dann

folgen Sitzungen, Gespräche und Veranstaltungen. Derzeit sind das im Europa-Parlament viele Expertengespräche, die ich zu meinen Arbeitsschwerpunkten veranstalte, und in Österreich viele Diskussionen an Schulen. Im Europa-Parlament ist der Tag gekennzeichnet durch Vor- und Nachbereitungssitzungen sowie die Ausschuss- und Plenarsitzungen. Wie auf allen Ebenen ist auch im Europa-Parlament für Politikerinnen und Politiker das Wochenende Arbeitszeit. Sonntage versuche ich aber zumindest teilweise unangetastet zu lassen.

Kugler: Das ist eine riesen Herausforderung auch für eine Familie, wenn man bedenkt, dass Du die halbe Zeit nicht in Österreich bist. Wie bewerkstelligst Du das?

Mandl: Das größte Glück ist meine Frau. Für sie stehen von Anfang an die Kinder an erster Stelle. Sie ist Juristin, selbst politisch aktiv und ist meine kritischste Ratgeberin. Dass ich fix weiß, dass sie es gut meint, kann ich das gut annehmen. Wir sind auch ein gutes Team, was die zeitliche Organisation betrifft. Und mit den Kindern bin ich überall auf der Welt in Kontakt. Unlänglich haben

mich die Kinder via WhatsApp gebeten, eine Pizza zu bestellen. Ich saß in Helsinki im Flieger auf dem Rollfeld, konnte aber mit meinem Account für sie eine Pizza daheim bestellen. Das ist schon sehr außergewöhnlich, aber solche Kapriolen kann das Familienleben eben schlagen. Sonntage und Urlaube bieten wirkliche Qualitätszeiten. Dann drehe ich auch das Handy ab. Eine Minute Zeit kann man eben nur ein Mal vergeben.

Skupa: Wie sehr sind Deine Kinder, dadurch dass der Papa Politiker ist, auf dem Weg selbst zu sagen: Das möchten wir uns auch einmal anschauen und uns politisch engagieren?

Mandl: Ich habe das Gefühl, dass sie sich für Politik interessieren. Auch heute beim Mittagessen haben sie politische Themen angesprochen. Ich habe aber bisher nicht den Berufswunsch gehört, Politikerin oder Politiker zu werden. Ich glaube, es ist wichtig, für Kinder viele Wege offenzulassen und sie zu lieben, egal was das Leben bringt und was sie daraus machen. Ich freue mich über das Interesse an der Politik, aber man soll seinen Talenten folgen. Das



MAG. LUKAS MANDL (KRW)

(*1979) vertritt Österreich als Abgeordneter im Europa-Parlament. Zuvor war er durch Vorzugstimmen gewähltes Mitglied des Niederösterreichischen Landtages, Vizebürgermeister seiner Heimatstadt Gerasdorf und Lektor an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er ist Vorstandsmitglied der europäischen Mittelstandsvereinigung SME Europa. Mandl ist verheiratet und hat mit seiner Frau drei Kinder.

Webtipp: lukas-mandl.at

würde ich auch allen anderen Kindern und Jugendlichen empfehlen, so haben auch meine Kinder ganz unterschiedliche Interessen.

Kugler: Für viele ist dein politischer Werdegang über die Schülerunion, den MKV und die JVP nachvollziehbar. Was würdest du jungen Kartellbrüdern, die sich aktiv in der Politik einbringen und etwas bewegen wollen, empfehlen?

Mandl: Erstens, den eigenen Weg zu finden und nicht blindlings Ratschlägen wie diesem zu folgen. Zweitens, möglichst viel von dem auszuprobieren, was man gut und gerne tut. Als MKVer sollte man das Angebot sowohl spiritueller als auch intellektueller Art wirklich voll ausschöpfen und die Generationensolidarität, die jede Verbindung mit sich bringt, schätzen und voll nutzen. Auch in meinem Leben sind die tragfähigsten Freundschaften jene, die ich in meiner Aktivenzeit geknüpft habe, viele davon in meinen Verbindungen. Man kann leichter auf einem Seil balancieren, wenn man weiß, dass es ein Netz gibt. Dieses Netz gibt es, wenn man ehrlich Freundschaften pflegt.

Skupa: Die Wahlbeteiligung bei der Europa-Wahl ist relativ gering. Wie



können wir Jugendliche und Kartellbrüder animieren, zur Wahl zu gehen?

Mandl: Ich hoffe, dass es für einen MKVer selbstverständlich ist, zur Wahl zu gehen. Immerhin werden am 26. Mai die 19 Österreicherinnen und Österreicher gewählt, die für ein halbes Jahrzehnt Österreich im europäischen Gesetzgebungsprozess vertreten. Das ist eine relevante und konkrete Entscheidung. Daher halte ich es für sinnvoll, an der Wahl teilzunehmen. Das gilt natürlich für alle, nicht nur für MKVer.

Gansterer: Kannst du dir vorstellen, dass ein Wechsel von einem Politiker, der auf fünf Jahre gewählt

wurde, und dann in die nationale Politik zurückgeholt wird, bei den Wählern zu Verstimmung führen kann?

Mandl: Das Leben verläuft nicht immer auf geraden, vorgezeichneten Linien und wir können letztlich nicht entscheiden, was Andere tun. Wir können immer nur entscheiden, was wir selbst tun und dabei Haltung beweisen. Auf dieser Basis ist ja die Demokratie in ihrem Wesen damit verbunden, dass es ständige Wechsel gibt. Diese beleben die Strukturen, verhindern Verhärtungen und bieten Checks and Balances. Daher muss es jeder und jedem in der Politik erlaubt sein, persönliche Lebensentscheidungen zu treffen. Für mich kann ich sagen, falls ich wiedergewählt werde, bringen mich sprichwörtlich keine zehn Pferde aus dem Europa-Parlament. Denn das ist für mich der Ort, wo meine Liebe zu Österreich, meine Liebe zu Europa und meine Liebe zum Parlamentarismus zusammenkommen.



Aus redaktionellen Gründen können wir im „Couleur“ nur einen Auszug des Interviews abdrucken. Die ausführliche Version findest du auf www.mkv.at.

ZUR BESCHRÄNKUNG DER MACHT

Demokratie ist letztlich ein Instrument der Selbstbestimmung der Bürger. Sie tritt damit in ein gewisses Spannungsfeld mit den Interessen von Parteien.

„Das Wesen der demokratischen Staatsbeherrschungsform“, so Meyers Konversationslexikon im Jahr 1890, „besteht darin, dass die Staatsgewalt verfassungsmäßig der Gesamtheit der Staatsangehörigen zusteht.“ Der Brockhaus definiert in seiner 19. Auflage (1988) Demokratie als „die Staatsform, die in der klassischen Staatsformlehre ... als Alternative zur Monarchie und zur Aristokratie gesehen wurde, heute jedoch vor allem als Gegensatz zur Diktatur begriffen wird.“



KARL HABSBURG-LOTHRINGEN (TEW)

*(*1961) ist der Sohn des letzten österreichischen Kronprinzen, Otto von Habsburg und seit 2007 Chef der Familie. Habsburg, der neben Alter Geschichte auch Recht (LL.M.) und BWL (MBA) studierte, organisierte in den 1980ern regelmäßig Hilfskonvois in den damaligen Ostblock. Von 1996 – 1999 war er Mitglied des Europäischen Parlaments (ÖVP). Beruflich ist er heute als Medienunternehmer (Radiostationen u. A. in den Niederlanden und der Ukraine) sowie als Kulturgutschützer tätig. Er ist Präsident der Paneuropa-Bewegung Österreich und von Blue Shield International.*

Betrachtet man den heutigen Zustand der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsländer, so war die klassische Staatsformlehre (nach der Brockhaus-Definition) wohl im Unrecht. Sieben der noch 28 EU-Staaten sind Monarchien (nach dem Brexit sind es nur mehr sechs von 27). Alle 28 (dann 27) sind Demokratien. Demokratische Strukturen sind eine Voraussetzung, um überhaupt in die Europäische Union aufgenommen zu werden.

EIN BEGRIFF MIT WANDELNDER BEDEUTUNG

Nicht immer hat man unter Demokratie das gleiche verstanden. Und wahrscheinlich ist das auch heute noch so. Das antike Athen gilt als Demokratie. Allerdings war das Wahlrecht auf eine bestimmte Gruppe von Bewohnern der Stadt beschränkt, Frauen hatten beispielsweise kein Wahlrecht. Heute geht man davon aus, dass Demokratie auf einem allgemeinen, freien und geheimen Wahlrecht beruht, das allerdings an die Staatsbürgerschaft gebunden ist, wobei es innerhalb der EU bereits Erweiterungen dieses Wahlrechts gibt. So können EU-Bürger auf lokaler Ebene auch dann wählen, wenn sie nicht Staatsbürger des Landes ihres Aufenthaltsortes sind.

Allerdings, und hier setzen auch Gegner der EU gerne an, wird das

Prinzip des gleichen Wahlrechtes – one man one vote, also jeder hat eine Stimme die gleich viel wert ist – beispielsweise bei der Europawahl gebrochen. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden in den Mitgliedsländern der EU gewählt. Bei der Verteilung der Sitze gibt es aber eine Gewichtung, die kleinere Länder bevorzugt. Die Stimme einer Luxemburgerin ist also mehr wert als die eines Deutschen. Im Vergleich zur Bevölkerung entsendet Luxemburg mehr Europaparlamentarier als Deutschland. Trotzdem wird man bei einer seriösen Betrachtung zu dem Ergebnis kommen, dass die Entscheidungen in der EU von demokratisch legitimierten Vertretern getroffen werden (unabhängig davon, ob man nun mit den einzelnen Entscheidungen einverstanden ist oder nicht).

Genaugenommen wird das Prinzip der einen Stimme pro Bürger auch in vielen Nationalstaaten wie der Republik Österreich gebrochen, weil Kinder (die Staatsbürger sind) keine Stimme bei einer Wahl haben. In der früheren Wahlordnung waren die Kinder durch Beachtung der Bevölkerungszahl in den Wahlkreisen noch irgendwie berücksichtigt. Das ist in der heutigen Wahlordnung nicht mehr der Fall, weshalb es auch immer wieder – aus Sicht des Autors zu Recht – Vorstöße für ein Kinder- oder Familienwahlrecht gibt, bei dem die Eltern pro Kind



eine zusätzliche (ganze oder halbe) Stimme hätten. Bei den Pfarrgemeinderatswahlen gibt es eine solche halbe Zusatzstimme pro Kind.

DIE SCHWEIZ ALS SONDERFALL

Sieht man von den antiken Versionen der Demokratie in Athen oder Rom ab, so ist die heutige Version der europäischen Demokratie – die auch für die USA oder Australien und verschiedene Staaten auf den zwei weiteren Kontinenten gilt – auf das britische Vorbild zurückzuführen. Gewählte Vertreter des Volkes sollten für ein Gegengewicht zur Macht des Königs sorgen, um deren Ausdehnung über Untertanen in Grenzen zu halten.

Eine Ausnahme auf dem europäischen Kontinent bildete die Schweiz, die auch heute noch basisdemokratische Elemente enthält. Kein Land kennt eine derart intensive Demokratie wie die Schweiz, wobei die oft geringe Wahlbeteiligung bei

Volksabstimmungen zur Kenntnis genommen wird. Es gibt auch Beobachter, die meinen, eine geringe Wahlbeteiligung sei kein Problem, gerade die Schweiz zeige, dass dann nur die zur Abstimmung gehen, die sich mit der Materie auch vertraut gemacht haben. Damit kommen vernünftige Entscheidungen zustande. Ist ein Thema zu stark emotionalisiert, sodass die Wahlbeteiligung hoch ist, kämen oft schlechte Entscheidungen heraus, weil eben die Emotion und nicht die Vernunft ausschlaggebend ist.

ELEMENTAR: KONTROLLE DER MÄCHTIGEN

Demokratie im Sinne des englischen Vorbildes, auf dem die demokratischen Systeme Europas im Wesentlichen beruhen, ist also ein Instrument der Selbstbestimmung. Die Bürger wählen ihre Vertreter ins Parlament. Die Abgeordneten vertreten im Idealfall die Interessen ihrer Wähler. Die direkte Bindung zwischen Wählern und Abgeordneten ist bei einem

Persönlichkeitswahlrecht wohl eher gegeben als bei einem Listenwahlrecht. Wird die Regierung vom Monarchen ernannt, so ist auch die Abgrenzung zwischen Regierung als Vertretung des Staates auf der einen, und Parlamentariern als Vertretung der Bürger auf der anderen Seite, wesentlich klarer. Die Steuerbelastung und die Regulierungsdichte waren in den europäischen Ländern lange Zeit auch sehr niedrig.

Einen Bruch mit dieser parlamentarisch-demokratischen Tradition gab es mit dem Zusammenbruch der großen Reiche als Folge des Ersten Weltkrieges. Sukzessive wuchs die Macht der Parteien. Die Regierungen werden nun als Folge der Parlamentswahlen von einer Parlamentsmehrheit demokratisch gewählt. Die Bindung zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit über die Partei und die Fraktion wird enger, der Gegensatz zwischen Parlament als Vertretung der Bürger und Regierung als Vertretung des Staates verschwindet.

UNFREIHEIT ÜBER DIE FINANZIELLE „HINTERTÜR“

Insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich im freien Westen Europas schleichend die Ideologie des Wohlfahrtsstaates – ein politisches Konzept, um die Bürger, noch dazu mit ihrem eigenen Geld, vom Staat abhängig zu machen – fest. Mit Ausnahme der Schweiz liegt heute die Besteuerung im Schnitt in den europäischen Ländern oft deutlich über 40 Prozent. Das Konzept der Selbstbestimmung durch demokratische Wahlen wurde zu einem Konzept der begrenzten Mitbestimmung mit einer Mehrheitsentscheidung.

War also Demokratie ursprünglich noch untrennbar mit Freiheitsrechten verbunden, so hat es das demokratische System des Wohlfahrtsstaates geschafft, die Macht des Staates über die Bürger auszuweiten. Ausgehend von der Illusion, durch Umverteilung könne Reichtum geschaffen werden, wurden bei Wahlen regelmäßig jene Parteien belohnt, die mehr Wohltaten des Staates versprochen. Je mehr der Staat seinen Bürgern von deren Einkommen abnimmt, umso mehr schränkt er die Freiheitsrechte der



Rechtsstaatlichkeit ist die Grundlage für die europäischen Erfolge.

© EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT 1996

Bürger ein. Jeder Euro eines erwirtschafteten Einkommens, der bei den Bürgern bleibt, erhöht deren Verfügungsgewalt über eigenes Geld und damit den Grad der Freiheit. Je mehr Bürger im Gegenzug auf Transferleistungen des Staates angewiesen sind, umso mehr Bürger werden vom Staat abhängig, verlieren also Freiheitsrechte.

GRUNDLEGENDE VORAUSSETZUNGEN

Felix Somary beschreibt das in seinen 20 Sozialgesetzen der verkehrten Proportionen mit dem fünften Gesetz: „Je größer und je vielseitiger der Staat, desto einflussloser das Volk.“ Richtig verstandene Demokratie bleibt immer an das Recht und die Rechtsstaatlichkeit gebunden. Sie unterliegt damit Beschränkungen. Sie gibt den Bürgern die Möglichkeit über Wahlen eine politische Mitbestimmung auszuüben, sie gibt aber nicht der Mehrheit das Recht, Grund- und Freiheitsrechte einzuschränken. Sie beruht auch auf der klaren Entscheidung zwischen Öffentlichem und Privatem. Sie ist ebenso an das Prinzip der Subsidiarität gebunden. Subsidiarität, Freiheit und Selbstbestimmung sowie die damit zusammenhängende Verantwortung sind zentrale Elemente der europäischen Kultur und Identität. Dieser Grundsatz regelt auch das Verhältnis zwischen Staat und Bürger. Der Staat ist nicht Selbstzweck. Er ist für seine Bürger da. Er ist



1997 in Straßburg: Vater Otto war damals Mitglied des europäischen Parlaments für die CSU, Sohn Karl für die ÖVP.

daher keineswegs Quelle des Rechts noch – wie heute allzu oft geglaubt wird – allmächtig. Seine Befugnisse sind durch die Rechte seiner Bürger beschränkt. Seine Aufgaben sind ihm durch das Subsidiaritätsprinzip angewiesen. Richtig verstanden darf er nur auf jenen Gebieten wirken, die sich der freien Initiative seiner Bürger entziehen. Diese Grundsätze verlangen vom Bürger natürlich



Mit Österreichs EU-Kommissar Johannes Hahn in Wien.

eine hohe Verantwortung bei Wahlentscheidungen. Würden demokratische Wahlen die Legitimation dazu liefern, diese Grundsätze auszuhebeln, würde der Staat zum totalen Staat und die Demokratie damit wohl abgeschafft, oder zumindest zu einer gelenkten Demokratie.

Insbesondere die aktuellen Diskussionen über liberale und illiberale Demokratie, über einen Gegensatz zwischen einem christdemokratischen Staat und einem liberalen Staat, vernebeln die Begriffe. Demokratie wird hier für einen Herrschaftsanspruch umgedeutet. Demokratie lebt aber von einem möglichen Wechsel der Herrschaft und muss unabhängig von der ideologischen Ausrichtung der Parteien bleiben. So wie jedes Machtinstrument unterliegt sie damit der ständigen Herausforderung der Beschränkung der Macht.



Drei Generationen auf einem Bild: Großvater Kaiser Karl, Vater Dr. Otto von Habsburg (NBW), Enkel Karl



DR. PAUL RÜBIG




- Mitglied des Europäischen Parlaments
- Mitglied Industrie-, Forschungs- und Energieausschuss
- Mitglied Haushaltsausschuss
- Mitglied Wissenschaftsausschuss

ICH SETZE MICH EIN FÜR:

- Stärkung Klein- und Mittelunternehmen
- Europa als Innovationsmotor
- Investitionen in Zukunftsinfrastruktur

AKTUELLE INFOS

Arbeit und Wirken im Europäischen Parlament:

-  www.paulruebig.eu
-  facebook.paulruebig.eu
-  twitter.paulruebig.eu



SIND WIR NOCH ZU RETTEN...

...oder sind wir schon so selbstzufrieden, dass erst wieder alles zusammenfallen muss, um es erneuern zu müssen? Mehr konfliktfreies Reden wäre gut. Ein Gastkommentar von Wolfgang Glass (BOW).

Zweifelsfrei leben wir in einer sehr komfortablen Zeit. Eine so lange Zeit in Frieden und Wohlstand gab es noch nicht. Wenn sich Kulturkritiker heute über Probleme der Moderne beklagen sind das eher Luxusprobleme. Es gibt keine Plagen mehr, die Menschen heimsuchen und dahinraffen. Die meisten Menschen leben heute, gemessen an historischen Standards, anständig und Frauen können sich ihr Leben so einrichten, wie es sich ihre Großmütter nicht erträumen hätten können. Auch Minderheiten sind frei und vollwertige Mitglieder der Gesellschaft und der Wohlstand steigt. Das alles sind vor allem auch die Früchte technischer Entwicklungen, neben all ihren Nachteilen. Einer der Nachteile ist, ob denn unsere Seele diesem Fortschritt gewachsen ist. Früher gab es die Religion, die über den Menschen stand und die Halt gab. Heute tendieren wir dazu, den technischen Fortschritt über alles zu stellen. Auch stellen wir uns selbst manchmal über alles andere, oder zumindest über jene, die nicht Mitglied unserer Echokammern sind. Doch Menschen brauchen meines Erachtens etwas über sich. Wenn es nicht die Religion ist, wer oder was ist es dann? Der andere Nachteil der technologischen Entwicklung ist,

ob wir denn auch wissen wie wir Technik gut oder schlecht nützen können. Wer weist uns den rechten Weg? Unsere Weisheit ist nicht immer auf dem Stand des technischen Wissens, genauso wie auch der gesunde Menschenverstand nur der Spiegel der Vorurteile seiner ganz bestimmten Zeit ist.

Es gibt heute religiöse Fanatiker, ethnisch motivierte und dann wären da noch die politisch korrekten Fundamentalisten. Sie alle verfälschen das Argument. Es gibt keine Wahrheit mehr, alles wird ad absurdum geführt, weil die Protagonisten der jeweiligen Glaubensrichtung hemmungslos Daten manipulieren, um ihre Botschaft an die Menschen bringen zu können.

QUELLENSTUDIUM UND NACHVOLLZIEH- BARE ARGUMENTE

Aber natürlich gibt es nicht die einzige Wahrheit. Wir nähern uns immer eines ganz bestimmten Verstehenshorizontes, wobei wir einzelne Daten beachten und andere eben nicht. Insofern sind alle unsere Geschichten natürlich eines: Geschichten, die eine Kombination von ausgewählten Daten sind und die

zu einem Gesamtzusammenhang verschmolzen werden, aber sie sind sicher nicht eine fotografische Reproduktion der Wirklichkeit. Wesentlich ist das Quellenstudium, die nachvollziehbare Argumentation ist Pflicht.

Politische Korrektheit begann mit den besten Absichten, ist heute aber eher ein Hemmschuh für die Entwicklung einer Gesellschaft statt eine Bereicherung. Zu Beginn wollte man gleichen Respekt für alle erreichen – das war sehr gut. Doch mittlerweile fällt die Gesellschaft in immer mehr kleine Identitätsgruppen auseinander die absolut nichts mehr miteinander zu tun haben wollen, frei nach dem Motto: „Wann immer du mich als Anhänger einer kleinen Minderheit beleidigt habe ich das gute Recht beleidigt zu sein und dir den Mund zu verbieten. Egal wie es gemeint war“. Dadurch entsteht ein konfliktscheues Reden. Dieses erreicht auch die hohe Politik bei der Entwicklungspolitik. Man kennt die Probleme armer Länder, oder korrekter gesagt, der Partnerländer. Statt aber konkret die Probleme beim Namen zu nennen spricht man lieber von „Räumen von Verbesserungen“. Statt unqualifizierte Minister, Korruption, unterfinanzierte



INGENIEUR

TÜV
AUSTRIA
AKADEMIE

Jetzt Position am Arbeitsmarkt stärken!
www.ing-zertifizierung.at

Schulen und fehlende Rechtstaatlichkeit anzuprangern und auch darauf hinzuweisen, dass der Mangel an Fortschritt oft auch eine Frage der Kindererziehung ist, die Selbstverantwortung und Leistungswillen kleinschreibt, verweist man darauf, dass die Geldgeber einfach die Bildungsbudgets in die Höhe setzen sollen. Mehr Geld, mehr Hilfe – ist doch einfach, oder? Und statt zu sagen, dass in islamischen Schulen vielleicht mehr Zeit dem Glauben eingeräumt wird als dem kritischen Denken wird geschwiegen.

SYMPTOM- STATT URSACHENBekÄMPFUNG?

Statt Wirklichkeit mit Sprache verändern zu wollen, müsste es darum gehen, die veränderbaren Stigmata zu beseitigen, welche beispielsweise rassistische Gefühle verursachen oder verstärken. Die Ablehnung der Anderen ist nicht einfach einer schlechten Kinderstube von Rechtswählern geschuldet. Erst wenn man durch Sprechverbote in den Abgrund gedrängt wird kommt man nur mehr stichprobenhaft an die Oberfläche.

Die Unversöhnlichkeit der die einzelnen Gesellschaftsgruppen heute gegenüber stehen scheint unüberwindbar. Die Polarisierung des politischen Betriebs lähmt „grosse Würfe“. National wie auch international gibt es zuhauf Probleme. Alleine, dass sich die Weltbevölkerung in den letzten 100 Jahren um den Faktor 4 erhöht hat wird zu Herausforderungen führen. Der Mensch ist für derlei viele Sozialkontakte nicht ausgelegt. Wien und Berlin sind Dörfer gegen Städte in Asien, in denen Menschen in 40 Stockwerke-Häusern eingepfercht leben, ohne irgendeinen Bezug zur Natur. Solange jeder einen Job hat, sei er auch noch so mies bezahlt oder unnötig,



Die Akropolis in Athen: Einst Symbol für freie Rede und den Austausch von Argumenten, ist sie heute nur noch eine Ruine. Durchaus eine Warnung, was passieren kann, wenn mit bürgerlichen Freiheiten nicht verantwortungsbewusst umgegangen wird.

© dronepicr - Athen Akropolis, CC BY 2.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=52018418>

solange läuft es wahrscheinlich. Doch wenn wirtschaftlich schlechtere Zeiten anbrechen, klimatische Veränderungen zum Wegziehen auffordern, ethnische Spannungen als Folge zu komplexen Gräben führen, dann kann es auf einen Schlag sehr ungemütlich werden, auch bei uns im gemütlichen Nest des Westens.

Der politische Dialog müsste sich schlagartig wandeln. Es müsste eine neue Kultur des Zuhörens, dem Verständnis für das Gegenüber (ist nicht mit inhaltlicher Zustimmung verbunden) entstehen. Ebenso wie man eine Abrüstung der Worte bräuchte. Es wird einem Angst und Bang wie mit Worten aus der Vergangenheit während schrecklicher Diktaturen heute umgegangen wird. Es reicht oftmals der Schein, für den man angeblich eintreten möchte, dann kann man sich offenbar alles erlauben und

durch die neuen Medien sogar vom Stammtisch-Weisen zum Celebrity der Social Media Gesellschaft werden. Alles tolle Echokammern, in denen jede kleine Identitätsgruppe wieder sich selbst feiert und beleidigt sein darf, wenn gegen sie von „den anderen“ ungerechtfertigt aufbegehrt wird.



**DR.
WOLFGANG
GLASS (BOW)**

ist Politologin und war zunächst bei der Wirtschaftsagentur Wien im Europaservice, dann in div. FP7 Programmen beschäftigt. Seit 2014 ist er als Personalberater & Arbeitsbegleiter beim BFI tätig.

DIE UNTERSCHÄTZTE VORZUGSSTIMME

Eine Analyse der Möglichkeit zur Wahl mit Vorzugsstimmen in Österreich mit einem Fokus auf die Nationalratswahl 2017.

Das Abwählen politischer Amtsträger macht Demokratien aus und unterscheidet sie von nicht-demokratischen Systemen, betonte der in aller Welt bekannte österreichische Philosoph Sir Karl Popper sinngemäß. Österreich hat – wie zum Beispiel Deutschland, anders als etwa angelsächsische Modelle – ein Listen-Wahlrecht. Anders als Deutschland spielen die Persönlichkeitskompetenten bei uns eine untergeordnete Rolle. Das wurde Schritt für Schritt geändert. Die jüngsten Entwicklungsschritte erfolgten maßgeblich auf Betreiben des Nationalrats-Abgeordneten Wolfgang Gerstl (Nc).

So wurden im Jahr 2013 für Nationalratswahlen Vorzugsstimmen auf der Bundesebene überhaupt erst eingeführt, bis dahin hatte es diese Option für die Wählenden ausschließlich auf Regionalwahlkreis- und Landeswahlkreisebenen gegeben. Außerdem wurden die Hürden gesenkt, die für eine Vorreihung auf Platz 1 der jeweiligen Liste für die jeweilige Ebene notwendig sind:

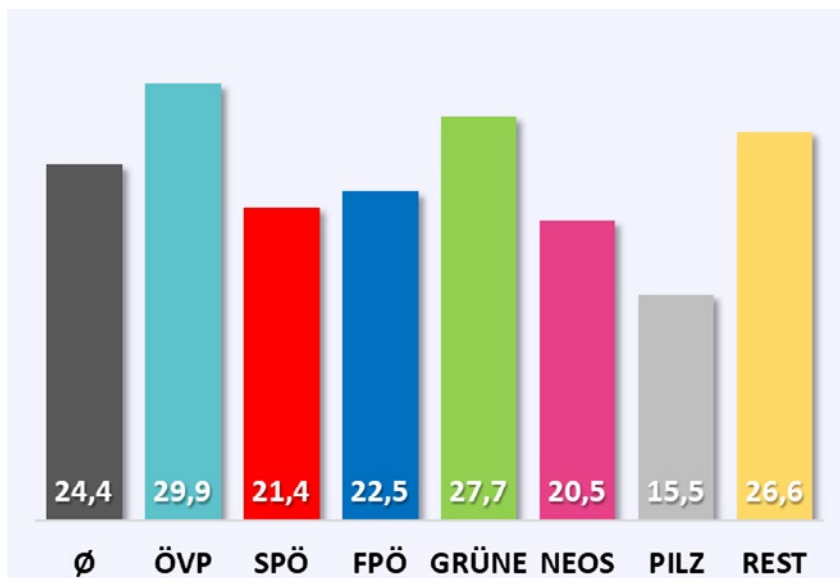
Bemessen wird das als Anteil an den Stimmen für die jeweilige Partei, für den Regionalwahlkreis sind es jetzt statt wie früher 17 Prozent nun 14 Prozent, für den Landeswahlkreis nun 10 Prozent und für die Bundesebene 7 Prozent. Aber

warum gibt es überhaupt Hürden? Und wem werden sie in den Weg gestellt?

Hürden gibt es, weil Parteien sich die Personalauswahl nicht leicht von den Wählenden aus der Hand nehmen lassen wollen. Das entspricht dem tradierten Verständnis von Parteigremien. Die Hürden werden weniger den Kandidierenden gestellt, sondern eher den Wählenden. Deren Stimmen müssen weit über relative Mehrheiten hinauswachsen, um die Personalauswahl zu bestimmen.

Denn im Wahlrecht ist es nicht ausreichend, wenn für die die kandidierende Person A mehr Vorzugsstimmen abgegeben werden als für die kandidierende Person B. Es bedarf eines Anteils der Parteistimmen, damit die Person A auch wirklich gewählt wird, es sei denn, sie wurde von Parteigremien auf einen so genannten „wählbaren Listenplatz“ gewählt.

„Wählbar“, das sind aber in einem demokratischen System alle Kandidierenden, sonst wäre es kein demokratisches System. Praktisch hat sich der Sprachgebrauch von den „wählbaren Listenplätzen“ aufgrund der hohen Hürden für Vorzugsstimmen-Wählende eingebürgert. Tatsächlich an der selben Linie starten die Kandidierenden in sogenannten „Vorzugsstimmen-Modellen“:



Vergleich der abgegebene Vorzugsstimmen an gesamten Parteistimmen bei der Nationalratswahl 2017 in Prozent.

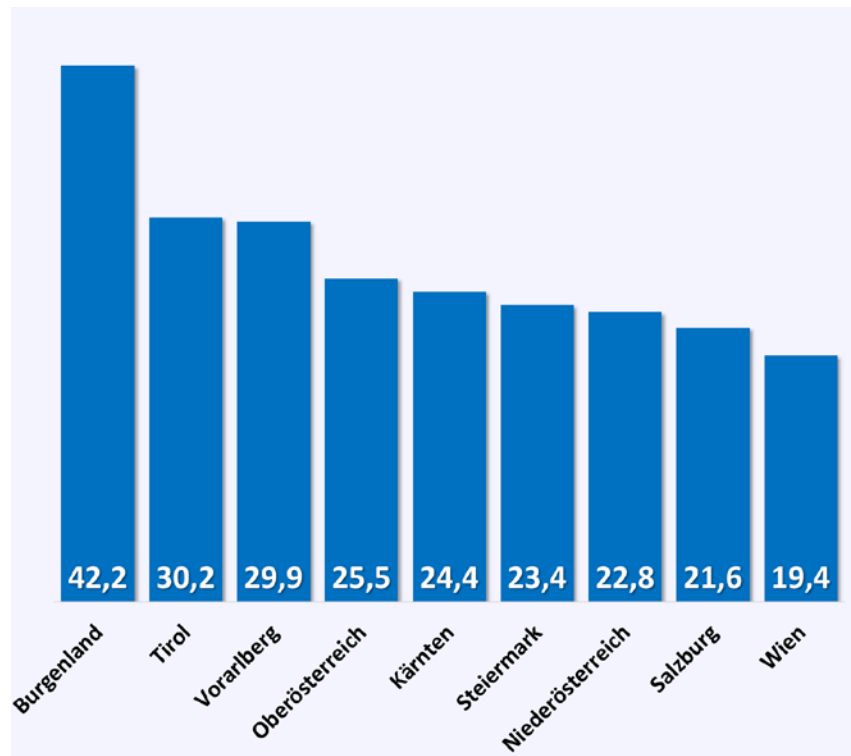
Das sind Selbstverpflichtungen, die Kandidierende einer Wahlpartei gegenüber den Wählenden eingehen. Sie unterschreiben, dass sie die Anzahl der bei der Wahl erreichten Vorzugsstimmen für die Besetzung der erreichten Mandate heranziehen werden, nicht die vor der Wahl durch Parteigremien beschlossene Liste. Derartige Modelle zeitigen erstaunliche Auswirkungen.

Wir haben Modelle, die bei Wahlen auf Gemeinde- und Landesebene und jüngst – bei der Nationalratswahl 2017 – auch auf Bundesebene realisiert wurden, analysiert. Die Analysen sprechen eine klare Sprache: Wählende nutzen das Wahlrecht in einer viel größeren Zahl tatsächlich voll aus – also mit Vorzugsstimme – wenn Modelle zur Anwendung kommen:

Dieses Phänomen ist ohne Ausnahme zu beobachten. Hier seien die Zahlen für die Regionalwahlkreise bei der Nationalratswahl 2017 genannt: So haben unter den Wählenden jener Partei, die ein Vorzugstimmen-Modell praktiziert hat, der Neuen Volkspartei, 29,9 Prozent mit Vorzugstimmen gewählt, im Durchschnitt aller Parteien – inklusive ÖVP – waren das nur 24,4 Prozent.

Die Neigung, mit Vorzugstimme zu wählen, schwankt in erheblichem Ausmaß zwischen den Bundesländern. So haben bei der Nationalratswahl im Durchschnitt aller Parteien 42,2 Prozent aller Wählenden im Burgenland oder 30,2 Prozent in Tirol auf Regionalwahlkreis-Ebene mit Vorzugstimme gewählt, während es in Wien nur 19,4 Prozent und in Salzburg 21,6 Prozent waren.

Das Burgenland liegt im Vergleich über mehrere Wahlen hinweg



Anteil der Vorzugsstimmen an gültigen Stimmen der Bundesländer in Prozent.

stabil an der Spitze im Vorzugstimmen-Anteil an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen. Im langjährigen Vergleich steigt österreichweit der Anteil der Wählenden, die mit Vorzugstimme wählen, stetig an. Immer mehr Menschen machen vom Wahlrecht in vollem Umfang Gebrauch.

Als Motiv, ohne Vorzugstimme zu wählen, wird von Wählenden immer wieder angegeben, dass die Liste akzeptiert werde, man sei damit einverstanden. Das beruht auf einem Missverständnis: Denn nicht (mit Vorzugstimme) zu wählen, bedeutet nicht, die eingereichte Liste zu unterstützen, sondern a priori das Gesamt-Vorzugstimmen-ergebnis zu akzeptieren, ohne es zu kennen.

Dass Wahlverhalten der Anderen nicht zu kennen, macht freie und

geheime Wahlen aus: Alle wählen zeitgleich, erst dann werden zeitgleich die Stimmen ausgezählt werden. Wer ohne Vorzugstimme wählt, verzichtet also partiell auf das Wahlrecht und überlässt die Personalauswahl – im Rahmen der gewählten Partei – jenen, die sehr wohl mit Vorzugstimmen wählen.



SZYMON SLOWIK (AGP)

studiert Politikwissenschaften an der Universität Wien und arbeitet im Österreich-Büro des Europa-Abgeordneten Lukas Mandl (KRW). Darüber hinaus forscht er intensiv im Bereich Stärkung des Persönlichkeitswahlrecht.

DAS VERHÄLTNISS ZUR MEHRHEIT

Die Frage, in welcher Weise Parlamente die Bürger ihres Landes am besten repräsentieren können, ist so alt wie der Parlamentarismus selbst. Genaue Abbildung der Stimmverhältnisse und große Vielfalt stehen in scheinbarem Widerspruch zur Arbeitsfähigkeit des Hauses. Ein Gespräch mit Wahlrechtsexperten Klaus Poier (LOD).

VON KARTELLBILDUNGSREFERENT GEBHARD BRANDWEINER (ILH).

Das österreichische Wahlrecht ist ein Verhältniswahlrecht, das mittlerweile lang erprobt ist. Immer wieder gibt es Stimmen, die für ein Mehrheitswahlrecht eintreten. Wie beurteilst du das?

Das Verhältniswahlrecht ist klar in Hinsicht auf die Zusammensetzung des Parlaments: Stimmen werden quasi prozentuell in Mandate umgerechnet. Weniger klar ist das Verhältniswahlrecht hinsichtlich der Frage, wer die Regierung bilden soll. Da kommt in Mehrheitswahlsystemen der Wahl vom Prinzip her eine größere Bedeutung zu: Wer bei den Wählerstimmen vorne ist, soll auch die Regierung bilden.

Was ist das bessere System?

Es gibt kein Wahlsystem, das nur Vorteile hat. Man muss sich daher entscheiden, welche Aspekte für ein politisches System als wichtiger angesehen werden.

In den USA ergibt sich durch das dortige Wahlrecht das Problem, dass kleinere Parteien kaum Chancen haben und es nur zwei Großparteien gibt. Haben Kleinparteien in einem Mehrheitswahlsystem überhaupt die Chance, politisch etwas zu bewegen?

Es gibt auch Modelle der Mehrheitswahl, die Kleinparteien ihre Chancen lassen. So würde etwa ein Modell mit

einer Mehrheitsprämie niemanden ausschließen, sondern es erlauben, die jeweilige Partei nach Stimmenstärke auch im Parlament zu sehen.

Wie hoch schätzt du die Chancen ein, in Österreich ein Mehrheitswahlrecht einzuführen?

Ich glaube nicht, dass in Österreich ein Mehrheitswahlrecht unmöglich ist. Aber es sollte sich um ein System handeln, das den Pluralismus erhält, also zu keinem Zweiparteiensystem führt. Ich bin trotzdem sehr skeptisch, dass es in Österreich in absehbarer Zeit dazu kommen kann, weil Wahlsystemreformen grundsätzlich schon sehr selten sind und alle



NATURPARK
Mürzer
Oberland

Naturjuwelle
in der Steiermark
www.muerzeroberland.at

Passend zur kürzlich veröffentlichten Rad- und Mountainbikerwerbinitiative der Landestourismusorganisation STG hat sich auch der Naturpark im Mürzer Oberland in diesem Bereich entsprechend positioniert.

Mit der Beteiligung als steirischer Kooperationspartner bei der Aktion „Superradler“ sollen die ausgewiesenen „Bergradl“ Touren und der Mürztalesradweg R5 beworben, allerdings, im Sinne des Naturparkgedankens, Mountainbiken abseits der mit den Grundstückseigentümern abgesprochenen Routen verhindert werden.

Dafür werden speziell im Online- und social-media-Bereich sowie in den regionalen Medien Informationskampagnen gesetzt werden.

Auch im Bereich der Bergtouren wird in enger Zusammenarbeit zwischen Tourismus und Naturpark auf Genusswandern entlang markierter Steige und Themenwege gesetzt. Durch die gute Zusammenarbeit mit den wegebetreuenden alpinen Vereinen sollen allfällige Defizite im Beschilderungs- und Markierungsbereich beseitigt werden.

Ein erster Schritt dazu sind zum Beispiel die komplette Sanierungen der Infostellen am Preiner Gscheid und im Ortsgebiet von Kapellen, welche in den nächsten Wochen durchgeführt werden.

Zusammen mit dem überregionalen E-Bikeprojekt des Regionalen Entwicklungsverbandes und mit der damit verbundenen Installation von fünf E-Bikeladestationen im Naturpark ist die Region gerüstet für den kommenden Rad-Mountainbike- und Bergsommer 2019.

Foto (c) Nici Seiser



Parteien genau rechnen, was die Vor- und Nachteile sind. Bevor man unsicher ist, bleibt man lieber beim Status quo.

Ist Österreich dahingehend reformunfähig?

In Österreich hatten wir jahrzehntlang ein Verhältniswahlrecht und nur zwei beziehungsweise zweieinhalb Parteien, wie man es damals genannt hat. Erst mit dem Aufkommen der Grünen in den 1980ern wurde die Parteienlandschaft pluralistischer. Heute, mit dieser vielfältigen Parteienlandschaft, wäre es unvorstellbar, ein Mehrheitswahlrecht einzuführen, das zwei vorherrschende Parteien produziert. Das würde jeder für ungerecht halten. Jede Reform eines Wahlsystems muss im Auge haben, dass es den Pluralismus erhält.

Wer würde in Österreich davon profitieren?

In der Praxis hinge es vom Modell ab. Würde man das englische Modell einführen, würden SPÖ und ÖVP ob

ihrer regionalen Schwerpunkte eher davon profitieren. Kleinere Parteien würden sich sehr schwertun. Einzelne Mandate würden vielleicht in den Städten errungen werden. Es gibt aber andere Modelle. Bei einem Prämienwahlrecht würden alle gleich einziehen wie jetzt. Man könnte weiter mit der Vierprozenthürde arbeiten. Es gibt eine Prämienwahlvariante, bei der die Gewinnerpartei nur die Hälfte der Mandate minus eins bekommt. Das würde kleine Parteien sogar stärken, da jede – auch die kleinste – Partei als Koalitionspartner in Frage kommt.

Welche Länder haben so ein Prämienwahlrecht?

Das Modell kommt vor allem aus Italien und Frankreich. Griechenland hat ein solches Modell auch. Das System ist von der Klarheit relativ einfach. Man weiß, dass der, der im gesamten Land gewinnt, eine Prämie bekommt. In Griechenland erhält die stimmenstärkste Partei einen Bonus von 50 Mandaten, was die Regierungsbildung erleichtert.

Die ÖVP wirbt im EU-Wahlkampf mit einem offenen Vorzugsstimmwahlkampf. Das wurde schon öfters gemacht. Inwiefern hat eine Vorzugsstimme im jetzigen Wahlkampf also Relevanz, oder ist das Ganze nicht nur eher ein „Gag“ für die Wählermobilisierung?

Der Begriff „Gag“ gefällt mir dabei wenig, denn Wählermobilisierung ist grundsätzlich etwas Positives. Wenn man sich nicht nur überlegt, welche Partei man wählt, sondern auch welche Person man wählt, ist das ja zu befürworten. Ich würde es begrüßen, wenn das andere Parteien auch machen würden. Eine Personalisierung des Wahlrechts ist ohnehin wichtig. In Österreich haben wir einen stark ausgeprägten Parteienstaat. Das heißt, dass die Parteieliten das meiste bestimmen. Also ist die Stärkung des einzelnen Abgeordneten zu begrüßen. Damit haben wir hier eine breitere Repräsentationsbasis und auch eine stärkere Verbindung zwischen den Wählern und der Politik.

Wie beurteilst du das Vorzugsstimmensystem?



die Idee einer „Bewegung“ im Ansatz stecken geblieben?

In den letzten Jahrzehnten kam zu einer zunehmenden Bedeutung der einzelnen Person. Hier stehen die Spitzenkandidaten im Vordergrund. Sie dominieren die Wahlkämpfe und somit die Entscheidungen der Wähler. Sie stehen auch für ein bestimmtes Programm und eine bestimmte Ausrichtung. Sebastian Kurz ist da ein gutes Beispiel.

Die Vorzugsstimmenschwellen sind in der Vergangenheit schrittweise gesenkt worden, jedoch sind sie meiner Meinung nach immer noch zu hoch. Und das Gesetz lässt da nicht viel Freiraum. Wenn man es also freier und offener gestalten will, kann man nur „neben dem Gesetz“ freiwillige Vorzugsstimmensmodelle machen, wie es die ÖVP schon bei einigen Wahlen gemacht hat. Natürlich ist es parteistrategisch der Versuch zu mobilisieren. Das will grundsätzlich auch jede Partei und ist positiv zu sehen.

Bei der EU Wahl 2009 wurde Othmar Karas (OLS) zwar „Vorzugsstimmenkönig“, aber letztlich wurde Ernst Strasser Delegationsleiter der ÖVP. So etwas produziert eine schiefe Optik. Dadurch, dass eine Vorzugsstimme auch eine Stimme für eine Partei ist, kann der Anschein entstehen, dass für die einzelnen Kandidaten mobilisiert wird, um Stimmen für die Partei zu lukrieren.

Natürlich ist das auch das Ziel. Ich sehe das allerdings nicht als schlecht an. Man kommuniziert, wen man als Kandidat auf der Liste hat, und versucht, die Leute dazu zu bringen, selbst, wenn sie mit einer Partei nicht einverstanden sind, aber trotzdem mit der Person, die Partei zu wählen. So etwas kann man nicht primär als schlecht ansehen. Man zeigt, welche Menschen dahinterstehen. Othmar

Karas zum Beispiel hat ein sehr klares Profil, es gibt aber auch andere Personen mit einem anderen Profil auf der Liste. Man signalisiert damit eine Breite. Das finde ich für die Demokratie das stimmigere Angebot, weil es hier nicht mehr nur um die Partei geht.

Wäre es dann nicht sinnvoller, ein System ähnlich wie in Deutschland einzuführen, wo man ein Zwei-Stimmen System hat?

Das klingt zwar einfach, jedoch kommt es darauf an, wie es am Ende dahinter gerechnet wird. In Wahrheit ist das deutsche System nicht viel anders als bei uns. Es gibt Ausgleichmandate, also entscheidet am Ende die Zweitstimme, die man für die Partei abgibt. Da ist viel mehr Schein als Sein dahinter. So ein Stimmensplitting verursacht ein bisschen einen schizophrenen Wähler. Er will die Person der einen Partei, aber gleichzeitig eine andere Partei. Was heißt das jetzt? Wer soll regieren? Wo soll die Macht hin? Ich bin da sehr skeptisch. Wenn, dann würde ich es überhaupt öffnen und das Wahlrecht dahingehend ändern, dass man nur noch Personen anstatt Parteien die Stimme gibt.

Mit dem letzten Nationalratswahlkampf verbindet man stark das Wort „Bewegung“. Parteien haben das propagiert und sich neue Namen gegeben. Ist sowas politische Schönfärbung oder ist

Was unterscheidet eine Partei von einer Bewegung?

Der Begriff „Bewegung“ wurde schon in vielen Ländern verwendet. Die Grünen sind damals auch unter dem Begriff „Bürgerinitiative“ angetreten. Am Ende ist es aber immer funktional eine Partei. Daher ist das Modell der Partei nicht am Ende. Aber mit dem Begriff der „Bewegung“ signalisiert man eine Weiterentwicklung. Betrachtet man das österreichische System der letzten Jahrzehnte, gab es berechtigterweise immer wieder Kritik am Stillstand. Die zu starke Kompromissuche hat immer wieder zu keinen oder kleinen Lösungen geführt. Mit einer „Bewegung“ wird symbolisiert, dass man versucht, Reformen durchzuführen und alte Strukturen aufzubrechen. Dem Wähler wird signalisiert, dass Neues passiert. Das ist positiv und wird von den Wählern auch gesucht. Zwar ist man dann oft enttäuscht, dass doch nicht alles neu ist, aber wenn alles neu wäre, wäre auch viel Gutes weg.

Wird die Idee einer „Bewegung“, bei der man eher eine Person als die Partei wählt, in Zukunft die politische Landschaft mehr prägen, als die klassische Partei?

Selbst in Systemen wie in den USA oder in Großbritannien, wo in den Wahlkreisen nur die Personen

kandidieren, kandidieren diese immer auch für die Parteien. Parteien sind für die Demokratie unabdingbar. Es gibt keine Massendemokratie der Welt, wo es keine Parteien gibt. Man kann und muss immer über Modelle nachdenken, die eine Verbesserung bringen. Aber so schnell findet man kann einfacheres, besseres Modell.

In den letzten Jahren konnte man immer wieder beobachten, dass die Regierungsparteien gegen ihre eigenen Grundsätze stimmten. Das hat immer wieder große Kritik hervorgerufen. Sind Zuschreibungen wie „sozialdemokratisch“ oder „christlich-sozial“ noch zeitgemäß?

Große Parteien, in der Forschung „Volksparteien“ genannt, haben immer das Problem, heterogen zu sein. Da gibt es eine Bandbreite. Zuschreibungen über Bord zu werfen macht das nicht einfacher. Man stellt nicht alle zufrieden. Man muss immer einen Kompromiss – auch innerhalb der Parteien – suchen. Da eckt man natürlich immer wieder bei Einzelnen an. Man hat vielleicht in wenigen einzelnen Fragen Geschlossenheit. Umso mehr Fragen in den Vordergrund treten, umso heterogener wird es.

Würde es Parteien helfen, sich breiter zu positionieren, oder wäre es besser, sich ideologisch stärker zu fokussieren?

Die großen Zuschreibungen, wie „sozialdemokratisch“ oder „christlich-sozial“ würde ich nicht über Bord werfen. Die signalisieren, was die Grundwerte sind. Da gibt es auch immer eine Deutungsbreite. Deswegen ist es ob der Vielschichtigkeit auch nicht einfach zu sagen, dass eine Partei nicht mehr ihre Grundgedanken vertritt. Grundsätzlich beschreibt es nach wie vor die Parteien so, wie ihr Grundgedanke ist.

Du giltst als Anhänger eines Mehrheitswahlrechts. Warum?

Ich bin Anhänger des Mehrheitswahlrecht, denn beim Verhältniswahlrecht entscheidet nicht der Wähler, wer in der Regierung sitzt, sondern die Partei. In Österreich hatten wir lange das Prinzip, so wie es Erhard Busek einmal formuliert hat: „Große Koalition ohne Wenn und Aber“. Das heißt, dass man zur Wahl gegangen ist und schon gewusst hat, wer die Regierung bildet. Da fragt sich der Wähler zurecht,

wozu er überhaupt hingehen soll. Ein englisches System könnte ich mir in Österreich nicht vorstellen, aber ein Prämienwahlrecht würde ich für einen gelungenen Fortschritt halten. Ich würde mir wünschen, dass wir vor allem über die Fragen der Mehrheitsförderung und der Personalisierung bei uns nachdenken. Dort gibt es noch viel Entwicklungspotential.



**ASS. PROF.
DR. KLAUS
POIER (LOD)**

ist Assistenzprofessor am Institut für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft der Karl-Franzens-Universität Graz. Er war Mitglied des Österreich-Konvents und ist Obmann des Dr.-Karl-Kummer-Instituts in der Steiermark sowie Generalsekretär des Club Alpbach Steiermark. Des Weiteren ist er Mitglied im Leitungsausschuss des Europäischen Forums Alpbach.

**No 1
Studentenheime
in Österreich!**



Gemeinnützige Studentenwohnbau AG
A-1080 Wien | Strozzigasse 6-8
www.stuwo.at | bewerbung@stuwo.at
Infohotline: (+431) 40493 - 618



- 11x in Wien
- 2x in Graz
- Krems, Lambach, Innsbruck & Villach

Seit mehr als 20 Jahren die
1. Wohnadresse für uns Karteller!

Kontakt: Vorstand Kbr. MMag. Florian Huemer | bewerbung@stuwo.at

PROPAGANDA: IST UNSERE DEMOKRATIE IN GEFAHR?

Eine starke EU ist vielen Mächten ein Dorn im Auge. Die Angriffe gegen das europäische Modell bestätigen damit allerdings nur dessen Erfolg. Dennoch sollten wir Freiheit und Demokratie nie für selbstverständlich halten, sondern müssen sie aktiv verteidigen.

Demokratie in Zusammenspiel mit dem liberalen Rechtsstaat und der Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell. Nie in der Geschichte waren die Menschen wohlhabender und freier. Das verdanken wir unter anderem Innovationskraft, freiem Unternehmertum und Zugang zur Bildung. Die in dieser Hinsicht erfolgreichsten, sprich freiesten und weitest entwickelten Länder haben so gut wie alle ein Fundament, auf dem ihr Erfolg fußt: Rechtsstaatliche, marktwirtschaftlich orientierte Demokratien mit weiten Bürger- und Freiheitsrechten und Ächtung von Korruption.

Wer einen Rechtsstaat hinter sich weiß, der investiert. Wer frei denken kann, der forscht. Wer individuell Entscheidungen treffen darf, der übernimmt Verantwortung. Das alles war nur möglich, weil das unterdrückende Joch der kollektivistischen und verbrecherischen Systeme des 20. Jahrhundert 1945 und 1991 überwunden werden konnten.

Nach den brutalen Vernichtungsregimen hat Europa eine Art des Zusammenlebens gefunden, die auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Schutz der Freiheitsrechte, unabhängiger Gerichtsbarkeit, Anti-Korruption, Marktwirtschaft, Solidarität von Individuen, Subsidiarität und Kooperation besteht.

DAS EUROPÄISCHE MODELL IST IN GEFAHR

Es geht dabei um nichts weniger als die europäische Demokratie. Der hybride Krieg jener Mächte, die sich vor Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat fürchten, bedroht unser Zusammenleben - und findet dabei auch Unterstützer innerhalb Europas.

Der Kampf der tobt ist mehr als ein üblicher Konflikt zwischen Staaten. Er fordert Menschenleben, wie es ukrainische Waisenkinder seit fünf Jahren spüren. Er bedroht das oben erwähnte Fundament, auf dem der Erfolg Europas beruht. Denn dieses Fundament zieht seine Festigkeit vor allem aus dem Vertrauen, das die Bürger ihm entgegenbringen.

MAN SOLL ALLES GLAUBEN - UND NICHTS

Hier setzt der hybride Krieg an. Ging es im „Kalten Krieg“ noch darum, dass zwei Ideologien miteinander konkurrierten, setzt die neue Art nicht mehr daran, dass man der anderen Seite nicht glaubt. Entscheidend ist ein Punkt: Dass man gar nichts mehr glaubt.

“In an ever-changing, incomprehensible world the masses had reached the point where they would, at the same time, believe everything

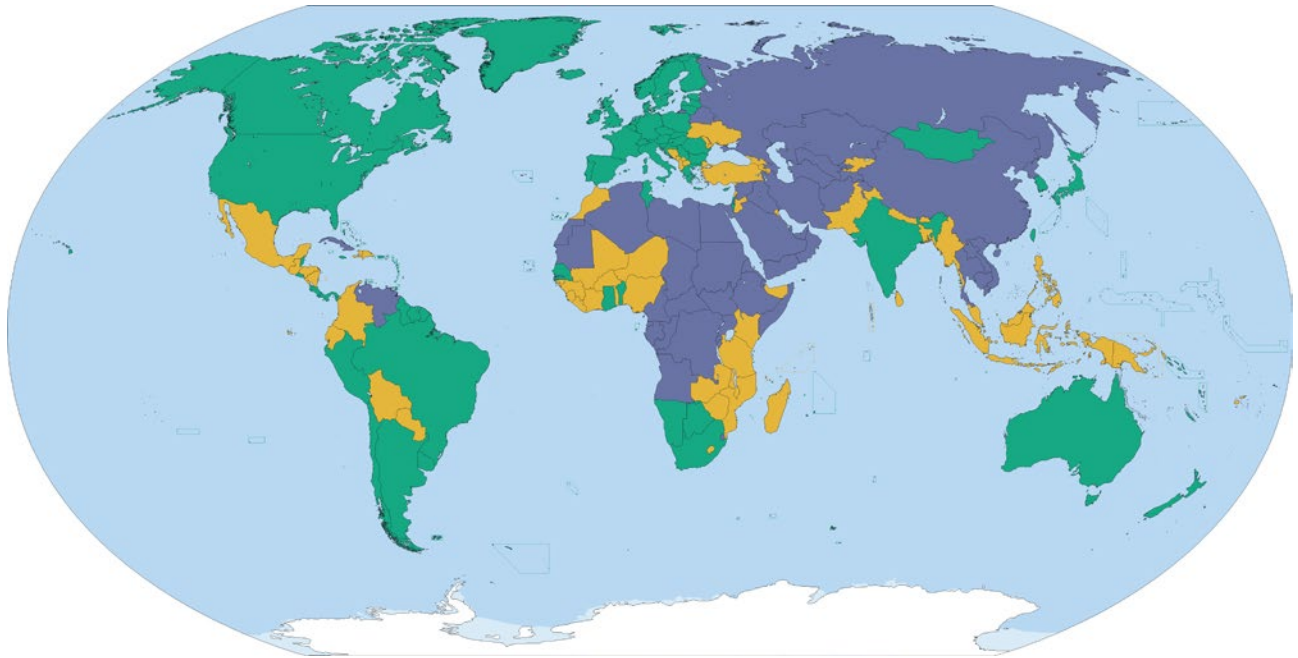
and nothing think that everything was possible and nothing was true...” Dies schrieb die große Denkerin Hannah Arendt 1951. Alles und dabei nichts mehr glauben. Die Unterminierung des Vertrauens in den Rechtsstaat, in Freiheit, Marktwirtschaft und in den Individualismus.

Nur eine kleine Gruppe verwirrter Radikaler kann man heute noch mit Kommunismus oder Nationalsozialismus locken. Und natürlich ist den meisten bewusst, dass Kanada und Spanien in Summe mehr Freiheit, Mitbestimmung und Sicherheit bieten als kleptokratische Diktaturen.

Ziel der Propaganda ist es, gezielt Zweifel am „System“ zu schüren. Die Grenzen zwischen einem - fehleranfälligen, oft mühsamen, nicht perfekten, aber in Summe freien - System und dem - willkürlichen - System von Autokratien sollen verschwimmen.

ZIEL: DESTABILISIERUNG EUROPAS

Das hat zwei Gründe: Einerseits stellt ein zerstrittenes Europa global deutlich weniger Konkurrenz für andere Großmächte dar. Das sieht man beim Abkommen mit dem Iran, dem Zollstreit mit den USA oder auch bei den strategischen Infrastrukturinvestitionen von China.



*Freedom House Map 2017 zum Grad der Freiheit in den Staaten: Grün = frei, Gelb = teilweise frei, Lila = unfrei.
Klares Bild: Ex-Sowjetstaaten in der EU sind freier als die außerhalb der Union.*

© VON USER:MAGIOZAL - CREATED FROM 2016 FREEDOM HOUSE WORLD MAP.PNG BY ABRAHAMIC FAITHS, CC BY-SA 4.0

Andererseits sehen sich mittlerweile viele Regime einer wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung gegenüberstehen. Die Globalisierung hat Abschottung de facto abgeschafft. Vor allem junge Menschen sehen, was woanders möglich ist. Dass andere politische Systeme deutlich mehr Perspektive bieten. Dass Korruption nicht „dazugehört“. Dass man nicht mehr Angst haben muss, für eine Meinung im Arbeitslager zu landen.

Wo früher noch Panzer geschickt wurden, wird heute Propaganda eingesetzt, deren wichtigster Bestandteil die Destabilisierung des Gegners ist. Viele Staaten des ehemaligen Ostblockes, zum Beispiel die baltischen, haben aus ihrer Erfahrung heraus eine starke Position gegen diese Art der Angriffe entwickelt. Der Rest Europas hat zu lange geschlafen.

UKRAINE ALS EXPERIMENTIERFELD

Das Beispiel Ukraine bietet sich gut an. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion konnte sich ein Großteil der ehemals unterdrückten Völker in die Freiheit retten. Der Einfluss auf das Baltikum oder südosteuropäische Staaten war verloren - spätestens mit dem Beitritt jener Staaten zur EU und NATO. Als sich Millionen Ukrainer anschickten eine der korruptesten Cliquen die jemals ein europäisches Land regiert haben, zu vertreiben, schrillten die Alarmglocken. Niemals darf es dazu kommen, dass dieses Land erfolgreich sein wird mit marktwirtschaftlichen Strukturen und einem echten Rechtsstaat.

Schon zu Beginn der Verhandlungen des Assoziierungsabkommens, welches dem Land wirtschaftliche mehr Stabilität ermöglichen sollte, startete eine Propagandawelle enormen

Ausmaßes. Eine der am häufigsten verbreiteten Lügen über die Ukraine ist, dass das Land von „Faschisten“ regiert werde. Dass diese Propaganda von Rechtsextremen verwendet wird, mag noch als bittere Ironie durchgehen. Faktisch war diese Behauptung eine strategisch platzierte Lüge rund um den Präsidentschaftswahlkampf 2014. Ein russischer Sender berichtete vom Wahlsieg eines rechtsextremen Politikers. In Wahrheit erreichte dieser 0,7%. Doch die Saat war gelegt. Bis heute hält sich diese Behauptung.

FEINDBILDER SCHÜREN, LANDSLEUTE MOBILISIEREN

Staatliche oder staatlich unterstützte Propaganda von außerhalb Europas gegen europäische Staaten soll nicht nur „die Bevölkerung“ verunsichern, sondern auch „eigene“ Leute beeinflussen. Bekannt ist hier die Debatte zum Einfluss islamistischer

Verbände auf Muslime in Europa, konkret auch der Türkei auf hier lebende Menschen. Weil diese Beeinflussung nicht „geheim“ stattfindet und sich mancher Staatschef offen damit rühmt, ist diese Debatte lebendig und befeuert auch Politiker, die bei anderen autokratischen Systemen eher weniger Berührungsängste zeigen.

Interessant auch der Fall des russisch-deutsche Mädchen „Lisa“. In den „sozialen“ Medien überschlugen sich Meldungen über das Mädchen, das behauptete, von „Südländern“ entführt worden zu sein. Russische Medien verbreiteten diese Geschichte. Plötzlich kam es in mehreren deutschen Städten zeitgleich zu Demonstrationen. Rechtsextreme Gruppen schlachteten das Thema aus. Schlussendlich war es der russische Außenminister persönlich, der offen den deutschen Behörden unterstellte, sie würden ein Verbrechen vertuschen. Diese gezielte Unwahrheit sollte natürlich den großen Anteil der russischstämmigen Bevölkerung in Deutschland aufwiegen.

Das Ziel war klar: Der deutsche Staat sollte diskreditiert werden. Deutschland, zu jenem Zeitpunkt noch das politisch mächtigste und heute noch wirtschaftlich potenteste Land der EU, sollte destabilisiert werden.

MISSTRAUEN SCHÜREN GEGEN „DIE ELITEN“ ALS ERFOLGSFAKTOR

Natürlich ist die gezielte unwahre Behauptung seit Jahrtausenden ein Mittel im politischen Kampf und keinem Land vorenthalten. Viel subtiler, und daher erfolgversprechender ist aber die flächenmäßige Desinformation gegen „die da oben“.

2014, am Tag nach dem Abschuss von Flug MH17 über der Ostukraine bei dem über 300 Menschen starben, wurden 57.000 Tweets abgesetzt, die die ukrainische Regierung beschuldigten.

2016, rund um das britischen Brexit-Referendums, setzten zigtausende, unter anderem, iranische Fakeaccounts 10 Millionen Tweets ab.

2017, rund um die Massenproteste in Katalonien, fluten Bots Twitter und teilen zigtausende Mal die Tweets von Julian Assange. Alleamt gegen die spanische Regierung und die EU. Im September 2017 allein wurde Assange 940.000 Mal via Hashtag erwähnt - hauptsächlich im Zusammenhang mit Katalonien. Als Spanienexperte war er bis dato unbekannt.

2017, im Vorfeld der italienischen Wahlen dominierte das Thema „Migration“. El Pais analysierte, dass im Zeitraum Februar bis Juli 2017 98.000 User auf Twitter rund 1,05 Millionen Tweets zu diesem Thema absetzten. Die zwei einflussreichsten ausländischen Medien waren dabei Huffington Post Italia und Sputnik Italia.

Am 17. Jänner 2018 sperrte Facebook rund 300 Accounts in und aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Diese hatten falsche Informationen verbreitet. Es kam heraus, dass die lettischen Plattformen von Sputnik betrieben wurden.

2018 und 2019, bei den Protesten der Gelbwesten in Frankreich tauchen Securities auf, die als Söldner gegen die Ukraine gekämpft haben. Über 600 Fakeaccounts tweeteten mehrere tausend Male pro Tag zu den Protesten. Die Inhalte kommen dabei hauptsächlich von zwei außereuropäischen Medien. Laut

Angaben von RT wurden 12 ihrer Journalisten bei den Gelbwestenprotesten durch Polizisten verletzt. Kein US-amerikanisches, indisches oder japanisches Medienoutlet war so stark in Paris vertreten.

DER RECHTSSTAAT STEHT VOR EINEM PROBLEM

Jeder kann alles „ins Netz“ stellen - es dauert nur wenige Stunden oder gar Minuten, bis dies verbreitet ist. Es ist fast unmöglich, eine etwaige Klarstellung in dem selben Umfang in Umlauf zu bringen.

Die schiere Masse an Postsings in den Netzwerken stellt auch den Rechtsstaat vor ein Problem. Wie kann die Meinungsfreiheit (also auch die Freiheit Blödsinn zu verbreiten) von Angriffen außereuropäischer Mächte abgegrenzt werden?

2017 haben die Außenminister der EU gemeinsam erklärt, stärker gegen außereuropäische Propaganda vorgehen zu wollen. Die Institutionen der EU haben darauf reagiert. Sie antworten mit Aufklärung, wissenschaftlichen Analysen von Fake-News und Propagandastories und Appellen. 2015 - drei Jahre vor der Kommission - hat das EU-Parlament eine Task Force gegründet, die gezielt Fake-News aufdecken und Fakten aufzeigen soll. Mit 1,3 Mio. Euro Budget und 17 Mitarbeitern versucht man nun, falsche Berichte zu enthüllen.

Doch man will auch zu härteren Maßnahmen greifen und Online-Plattformen stärker dazu zu bringen, Propagandaaccounts zu sperren. Der schmale Grat zwischen Zensur und notwendigem Vorgehen ist den Akteuren bekannt. Darf der Staat hier eingreifen? Was ist einfach „Clickbait“,

Tackling Fake News in the EU



Die Europäische Kommission hat zusammen mit den Mitgliedsstaaten eine Strategie entwickelt, mit der Fake News aufgedeckt werden können.

© EUROPEAN COMMISSION | DG DIGITAL SINGLE MARKET

was dreiste Lüge? Hier muss man jedoch klar sagen: Diese Debatte, was der Staat darf, ist enorm wichtig. geführt wird sie ja auch in Europa. Nicht in den Staaten, aus denen ein Großteil der Propagandawellen kommen.

Am 24. Jänner 2019 verabschiedete der außenpolitische Ausschuss eine Resolution, die konkret auf Bedrohung durch Propagandamaßnahmen von Drittstaaten, namentlich Nordkorea, China, Iran und Russland, gegenüber europäischen Staaten abzielt. Aufgedeckte Propaganda soll mit den wahrheitsgemäßen Fakten veröffentlicht werden.

DER MÜNDIGE BÜRGER TRÄGT VERANTWORTUNG

Doch alle staatlichen Maßnahmen nützen gar nichts, wenn das eigentliche Ziel von Propaganda, der Bürger,

nicht selber ein Gespür dafür entwickelt, was seriös ist oder nicht. Man soll immer hinterfragen, Quellenstudium betreiben, sich informieren.

Soziale Medien können - und das liegt auch in der Verantwortung der User - als Ort der Meinungsfreiheit den Diskurs befruchten und seriösen Argumenten Platz bieten. Oder als die größte Müllhalde von Lügen, Desinformation, Hass in die Geschichte eingehen.

Entscheidend wird aber sein, dass jeder Bürger für sich selbst reflektiert, welchem System er den Vorzug geben möchte. Und auch, wie sehr er sich für das Modell der Demokratie und Kooperation engagiert. Denn klar ist auch, dass der Brexit nicht verschuldet wurde durch eine Propagandawelle kurz vor dem Abstimmungstag.

Dem Brexit voraus ging eine beispiellose jahrzehntelange Desinformationskampagne britischer Medien. Gepaart mit verantwortungslosen Politikern und ständig befeuerten Ressentiments gegen im Land arbeitende Polen, ergab das ein Gemisch aus Unsicherheit, Hass und Unzufriedenheit. Gerade dieses Chaos des britischen Austrittes zeigt, dass die hybriden Angriffe dann auf fruchtbaren Boden fallen, wenn die politische Atmosphäre schon vergiftet ist.

FREIHEIT BENÖTIGT VERANTWORTUNG

Dass wir alle in Freiheit leben können ist, wenn man sich die Geschichte ansieht, nicht selbstverständlich. Freiheit ist kostbar und fragil. Jeder einzelne muss diese Verantwortung wahrnehmen.

Für eine starke Demokratie, einen liberalen Rechtsstaat mit unabhängiger Justiz, seriöse Medien und für eine Meinungsfreiheit, die für Austausch von Argumenten genutzt werden soll.



STEFAN HABÖCK

ist Mitgründer und Mitglied des Vorstandes Ukrainian-Austrian-Association und beschäftigt sich intensiv mit den Staaten Osteuropas. Der Schwerpunkt liegt seit den Maidan-Protesten auf der Ukraine und ihrer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung.

INGENIEUR

TÜV AUSTRIA AKADEMIE

Ingenieur-Zertifizierung stärkt Ingenieur-Qualität!
www.ing-zertifizierung.at

PATRIA - WIR SPRECHEN ÖSTERREICHISCH

Geschlechtsumwandlung



Ein Thema, dem von den Medien große Bedeutung beigemessen wird, ist heute die Vielfalt der Geschlechtsvariationen, obwohl diese Problematik („Ich bin im falschen Körper geboren“) nur einen verschwindenden Teil der Bevölkerung betrifft. Gab man sich früher mit Mann und Frau zufrieden, sind heute die verschiedenen Variationen je nach Definition bereits unübersichtlich. Doch, man ahnt es bereits, hier sollen die grammatikalischen Geschlechter behandelt werden, und da gibt es exakt drei. Diese haben mit dem natürlichen Geschlecht (oder dem unnatürlichen – siehe oben) nichts zu tun, obwohl dies die Verfechter der „gendergerechten“ Formulierungen nicht wahrhaben wollen. Es heißt „die Armee“ und „die Feuerwehr“, obwohl bei beiden hauptsächlich Männer beschäftigt sind. Schwierig wird es bei der genderkorrekten Verwendung von Worten wie „Bürgermeister“, da dieser ja auch Meister der Bürgerinnen ist. In solchen Fällen wird angeregt auf Begriffe auszuweichen, die keine geschlechtsbezogenen Formen aufweisen, hier also z.B. statt „Bürger“ oder „Bürgerin“ die Bezeichnung „Person“. Diese ist grammatikalisch sogar weiblich und der Ausdruck „die Personin“ ist nicht üblich. Also könnte es dann, um unser Beispiel zu vervollständigen, statt „Bürgermeister“ gendergerecht etwa „Personenmeister“ (oder eben auch Personenmeisterin) heißen. Aber auch das grammatikalische Geschlecht hat seine Tücken, kann es doch vorkommen, dass Unterschiede zwischen der „deutschen Varietät“ und der gleichberechtigten „österreichischen Varietät“ des Hochdeutschen bestehen. Bei vielen Fremdworten gilt in Österreich das sächliche Geschlecht. Es heißt beispielsweise in Österreich nicht „die Cola“ sondern „das Cola“, nicht „die E-Mail“ sondern „das E-Mail“, nicht „der Joghurt“ sondern „das Joghurt“, wobei gerade das E-Mail öfters einer unösterreichischen Geschlechtsumwandlung zum Opfer fällt. Ein besonders bedauerlicher Fall der Geschlechtsumwandlung ist „DIE elektronische Gesundheitsakte“ (ELGA), hat es doch im guten österreichischen Amtsdeutsch bisher immer „DER Akt“ und nicht „DIE Akte“ geheißen, was zeigt, dass die Infektion mit unösterreichischen Ausdrücken bereits in höchst offizielle Ebenen vorgedrungen ist. In studentischen Kreisen erübrigt sich zumindest bei einem Wort jede Diskussion: Es heißt in Deutschland wie auch in Österreich völlig geschlechtsneutral „das Bier“.

Euer *Wieland*

LIEBE KARTELLBRÜDER!



Das heutige Thema unserer Zeitschrift lautet Demokratie, ein hehres, wichtiges und wohl auch regelmäßig erwähntes Thema in Festreden, Artikeln und ähnlichem.. dies durchaus zu recht, haben sich in der Vergangenheit unsere Vorväter stets, oftmals auch unter Einsatz von Freiheit, Wohl und sogar Leben, dafür eingesetzt.

Und so ist auch richtig und wichtig, unserer Jugend dies mitzugeben und den Wert der Demokratie, in welcher Staatsform auch immer, zu betonen.

Daher verwundert es mich immer umso mehr, wenn zwar das Hohelied der Demokratie auf Kommersen und in Festschriften so groß und mächtig gesungen wird, dies aber dann in der praktischen Umsetzung im Kleinen, abseits von Weltmächten und Universaltheorien, so schlecht funktioniert?

Pars pro toto: wo bleibt denn der große Demokrat, wenn von Altherren vielfach jeder Beschluß, den Aktive demokratisch fassen, hinterfragt wird? Auch wenn manchesmal die Pferde mit ihnen durchgehen (war das bei uns denn wirklich anders?), wenn sie dies auf einem Convent nach einer Abstimmung beschließen, hat man es doch zu akzeptieren und nicht einfach drüber zu fahren?

Oder die ständige Nörgelei eines bestimmten Landesverbandes im Westen, der nicht akzeptieren will (oder kann), daß seine Aufnahmepolitik, die bei ihnen sicherlich richtig und auch zielführend sein mag, nunmehr halt von einer großen Mehrheit des Gesamtverbandes, auch mehrfach, demokratisch abgelehnt worden ist – sind denn alle anderen auf einmal Diktatoren?

Es ist gut, edel und notwendig, sich den großen Fragen der Welt zu stellen, aber gerade auch im Persönlichen sollte man sich zu allererst mal selber an der Nase nehmen.. denn gerade die Fähigkeit zur Selbstreflexion sollte einen Gentleman ausmachen, den couleurstudentischen im Besonderen, meint

Euer *Gambinus*

DER PAPST UND DER HOLOCAUST-PIUS XII. UND DIE GEHEIMEN AKTEN IM VATIKAN

Michael Hesemann legt nach seinem 2008 veröffentlichten Buch „Der Papst der Hitler trotzte: die Wahrheit über Pius XII.“ mit seinem neuen Werk ein spannend zu lesendes und inhaltlich atemberaubendes Buch vor. Die Erstveröffentlichung der brisanten Dokumente aus dem Vatikanischen Geheimarchiv korrigiert das Bild des Papstes, welches durch das Machwerk „Der Stellvertreter“ von Rolf Hochhuth entstellt worden war. Hesemann konnte u. a. nachweisen, dass Pius XII. schon 1939 zwei Monate nach den Novemberpogromen versucht hatte 200 000 Juden aus Deutschland zu evakuieren, ein Plan, der an mangelnder Kooperationsbereitschaft der Mehrheit der Länder scheiterte. Dennoch: Die Gesamtbilanz des Wirkens Pius XII. kann sich mehr als sehen lassen! 960 000 Juden verdanken dem unmittelbaren und mittelbaren Eingreifen des Hl. Stuhles ihr Leben. Keine andere Institution, kein anderer Staat kann ansatzweise eine derartige Leistung für sich in Anspruch nehmen. Das Buch über diesen päpstlichen Korporierten (K.D.St.V. Trifels zu München) bietet reichlich Information um nicht nur die Lufthoheit am Biertisch zu behalten, sondern im Sinne einer geistigen Nachhaltigkeit, in jeder Debatte mit uninformierten oder gar böswilligen Geschichteprofessoren, ob auf der Uni

oder in der Schule, die Ehre unserer Heiligen Kirche und ihres „Pastor angelicus“ zu verteidigen.

Michael Hesemann:

Der Papst und der Holocaust

Langenmüller Verlag 2018, gebunden, 448 Seiten, ISBN 978-3-7844-3449-0, Preis € 28,-



DAS ERBE DES KATHOLISCHEN COULEURSTUDENTENTUMS IM (SÜD-)SUDAN

Couleurstudententum, Sudan, Katholizismus? Unzusammenhängende Themenbereiche? Nur auf den ersten Blick! Denn es war die „Österreichische Mission in Zentralafrika“ (1848-1916), samt ihren katholisch korporierten Missionaren, die den Grundstein dafür legte, dass der heutige Südsudan ein mehrheitlich katholisches Land ist. Sie war in den südlichen, schwarzafrikanischen Teilen des Sudans aktiv – also jenem Gebiet, das 2011 als Republik Südsudan unabhängig wurde. „Österreichisch“ war sie, weil sie unter dem offiziellen völkerrechtlichen Protektorat der Habsburgermonarchie stand, die meisten Missionare aus Österreich kamen, und sie von offiziellen und privaten Beiträgen aus Österreich finanziert wurde. Der Geschichte dieser – fast schon in Vergessenheit geratenen – Österreichischen Sudan-Mission geht der österreichische Diplomat Kbr. Dr. Gerhard Jandl (HRW) nach. Auf die – kompakt geschriebene und mit zahlreichen Bildern sowie köstlichen zeitgenössischen Zitaten garnierte – historische Darstellung folgen allerhand Kuriositäten rund um die Mission, eine Auflistung aller (!) bekannten korporierten Missionare und Förderer (darunter zahlreiche MKVer), ein Überblick über die aktuell laufenden Projekte zur Unterstützung des kirchlichen Schulwesens im Südsudan, sowie Kurzfassungen des Buchinhalts auf Englisch und auf Französisch.



Gerhard Jandl:

„Österreichs Name ist der wohlklingendste im ganzen Sudan“ – Die Mission in Zentralafrika (1848-1916) und die katholischen Couleurstudenten.

Band 17 der Reihe „Tradition und Zukunft“, 160 Seiten, 16,- Euro.

ISBN 978-3-903295-17-9.

Bestelladresse: Österreichischer Verein für Studentengeschichte, Weimarer Straße 5, A-1180 Wien, oevfstg@aon.at.



LESERBRIEFE

Leserbriefe werden gerne unter couleur@mkv.at entgegengenommen. Die Redaktion behält sich Kürzungen und freie Auswahl vor – aus Platzgründen ist es uns nicht möglich, alle Zuschriften in voller Länge zu veröffentlichen.

Es freut mich ganz besonders, dass am Cover der vorigen Nummer meine Riegersburg zu Fürstenfeld abgebildet ist! „Meine“ kann ich wohl sagen, ist sie doch nicht nur die zweite der drei von mir mitgegründeten MKV-Korporationen, und bei RBF bin ich der letzte noch lebende Gründer der „Hauptmutter“ NbW. Nur so weiter mit dem Couleur! Alles kann einem nicht gefallen, aber das tut nichts zur Sache. Danke für Eure Arbeit!

Dr. Gottfried Mazal (RBF)

LESERBRIEFE ZUM ARTIKEL „AKTIVES GEDENKEN ...“ (P 24-25)

„Hinsehen macht frei.“ Ja, aber wenn ich beim Hinsehen in der Vergangenheit immer nur Nationalsozialismus sehe und alles Geschehen in der Gegenwart daran messe, dann sollte ich mich vergewissern, ob nicht Scheuklappen die Perspektive so sehr verengen, dass Objektivität nicht mehr möglich ist. Selektives Hinsehen auf die Vergangenheit führt, wenn es darum geht, die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft zu gestalten schlussendlich zur Verengung der Wahrnehmung und zum Tunnelblick. Möglicherweise geschieht das selektive Hinsehen aber ganz bewusst, um Geschichte als Mittel zur Erreichung ideologischer und (partei-)politischer Ziele nutzbar zu machen. Nach meiner Wahrnehmung geht es vielen Historikern – und mit ihnen einer oftmals dogmatischen Geschichtswissenschaft – eigentlich darum: Geschichte als politisch-ideologisches Werkzeug und als Waffe gegen politische Gegner (u.a. das Verbindungswesen!) verwenden zu können.

Rudolf Karl Schipfer (NMW)

DER LANGE WEG DER DEMOKRATIE



Lob eines lebenslangen Nichtraucher für den wichtigen Artikel Kbr. Putzendoplers gegen die Paternalisierung und für die klugen Anmerkungen von Wieland und Gambirinus!

Zur Wahrung unserer Prinzipien erfordert aber ein Beitrag in „couleur“ 4/18 Widerspruch.

einer NS-feindlichen Familie, folgende Richtigstellungen vor:

1. Österreich war zwischen März 1938 und April 1945 nicht existent, auch nicht als Untergliederung eines größeren Staatsgebildes. Wer nicht existiert, kann kein Täter sein. Die meisten Spitzenpositionen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft wurden 1938 rasch mit Reichsdeutschen besetzt. Wie in jeder Diktatur wurden alle Entscheidungen zentralistisch getroffen, also in Berlin.
2. Der Einmarschzeitpunkt ergab sich aus der Ansetzung einer Volksabstimmung durch Kanzler Schuschnigg. 1938 hat niemand gezweifelt und heute zweifelt kein seriöser Historiker, dass die klare Mehrheit der Österreicher gegen einen Anschluss votiert hätte.
3. Österreich war das erste Opfer der NS-Aggression. Höchstens ein Drittel jener Menschen, die vor 1938 und nach 1945 Österreicher waren, können als Nationalsozialisten angesehen werden, und eine Minderheit dieses Drittels hat persönliche Schuld auf sich geladen.
4. Vielleicht wurde die verwerfliche Rolle der Minderheit dieser Minderheit nach dem Krieg zu wenig beklagt, weil es für jeden das Überleben zu sichern und einen am Boden liegenden Staat aufzubauen galt. Das rechtfertigt nicht die aus parteipolitischen und

anderen unlauteren Gründen erfolgte Umschreibung der Geschichte ab Mitte der 1980er Jahre und die seither diktierte, die historischen Tatsachen auf den Kopf stellende Ausklammerung der Opferrolle Österreichs, zuletzt auch im neuen „Haus der Geschichtsfälschung“ in Wien.

5. Man kann den Beginn der Geschichte Österreichs vor mehreren Jahrtausenden ansetzen oder mit der Schaffung der römischen Provinzen Norikum und Pannonien. Es ist in jedem Fall eine Pervertierung, sie auf jene sieben Jahre zu reduzieren, in denen Österreich gar nicht existiert hat.

Prof. Willi Sauberer (VBW)

Replik des Autors:

Eine kritische Auseinandersetzung mit unserer jüngeren Geschichte ist nicht reflexartig mit Heimathass bzw. politisch-ideologischer Geschichtsschreibung gleichzusetzen. Österreich hat von 1938-1945 als Staat nicht existiert, das ist richtig, die in diesem Land lebenden Menschen waren aber die selben. Es gab österreichische Opfer und es gab österreichische Täter, der klare Blick auf diese Tatsache bedarf keiner „Richtigstellung“. Die schönen Seiten unserer Geschichte nehmen wir selbstverständlich für uns in Anspruch, mit dem gleichen Selbstverständnis müssen wir uns aber auch zu den dunklen Seiten bekennen. Mehr wollte ich als Zeitgeschichtler und Enkel eines katholisch korporierten Widerstandskämpfers mit meinem Artikel nicht zum Ausdruck bringen.

Mag. Stephan Roth (LIW)



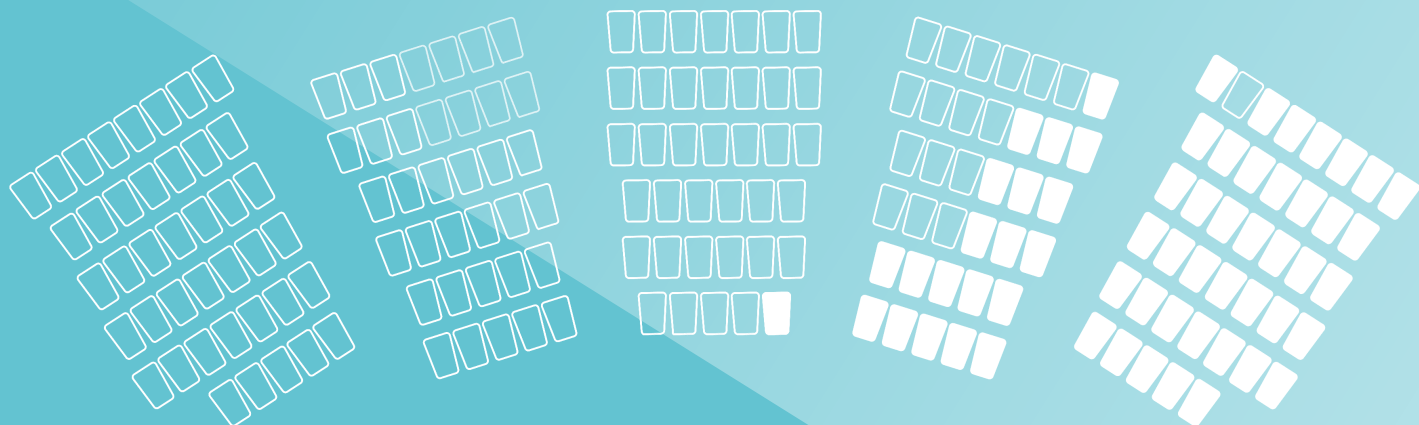
Die neue Volkspartei:

Der größte Klub im Parlament.

61 Nationalratsabgeordnete


22 Bundesräte

5 Mitglieder des Europäischen Parlaments



Wir organisieren für Sie gerne Führungen, Diskussionen und
Aussprachen im Parlament. office@oevpklub.at, www.oevpklub.at

follow us:   



Wir verbinden,
was zusammen
gehört.

BANK+VERBINDUNG

Gemeinsame Werte, Zusammenhalt und Verlässlichkeit zeichnen eine starke Verbindung aus. Die Partnerschaft der Raiffeisenlandesbank OÖ mit dem Mittelschüler-Kartell-Verband ist darüber hinaus von einem nachhaltigen Zusammenhalt und der Bereitschaft, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, geprägt.

Starke Partner – starke Verbindung:
Raiffeisenlandesbank OÖ und
Mittelschüler-Kartell-Verband

www.rlbooe.at



**Raiffeisen Landesbank
Oberösterreich**